

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 30, Rue des Écoles, Paris-5. Téléphone: Odéon 42-58

Aus dem Inhalt:

Vom Deutschland, das werden soll

Nach München

Prix: Fr. 1,50

Der Sieg der Gegenrevolution

Die Vorbereitung der neuen Etappe

Das Dritte Reich hat seine Vorherrschaft in Europa aufgerichtet. Die europäische Gegenrevolution hat eine übermächtige Position erhalten.

Was heisst europäische Gegenrevolution?

Die Verwirklichung der Demokratie hat nach dem Kriege von 1914 bis 1918 Fortschritte gemacht, die weit über den Vorkriegszustand hinausgingen. So ungesichert diese Fortschritte auch waren, so gross die Widersprüche, die sie in sich bargen, und so weit entfernt die einzelnen demokratischen Länder auch von einer gemeinsamen europäisch-demokratischen Politik waren, so bildeten sie doch zukunftsreiche und entwicklungsfähige Ansätze für die Herstellung einer *einheitlichen demokratischen Ordnung in Europa*. Diese Gewinne der Demokratie wieder zu zerstören, ist Sinn und Absicht der europäischen Gegenrevolution. Mit der Zertrümmerung des demokratischen tschechoslovakischen Staates hat sie einen entscheidenden Schritt vorwärts getan.

Aber die Gegenrevolution zielt nicht auf eine blosse Restauration des Vorkriegszustandes ab, sondern auf ein neues stärkstes System der Bindung, das keinen Raum mehr lässt für die vielen Elemente der Freiheit, die in der Vorkriegszeit den Charakter der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnungen selbst in konservativen und halbabsolutistischen Ländern mitbestimmten. Die Ordnung der Gegenrevolution ist ein Staatsabsolutismus, der drückender und despotischer ist als die Herrschaft des Klassenstaates in einem liberal-kapitalistischen System.

Die Entwicklung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert war verbunden mit dem Fortschreiten der inneren Befreiung der Völker und dem Vordringen liberaler Ideen als Erbe der grossen französischen Revolution. Die europäische Gegenrevolution will das Erbe der grossen französischen Revolution völlig ausstreichen. Sie will alle Freiheiten der Völker vernichten, damit die Nationalstaaten zu Trägern der reinen Machtidee werden.

Die Machtidee der Nationalstaaten war in der Vorkriegszeit gehemmt durch starke gesellschaftliche Kräfte, durch eine Morallehre, deren humane, naturrechtliche und christliche Elemente sich keineswegs deckten mit der inhaltlich leeren Ethik des reinen Machtstaates, für die der reine Machtwille des Staates die höchste sittliche Norm darstellt. Diese Hemmungen sind auch heute noch vorhanden in

den demokratischen Ländern, und selbst in der sowjetrussischen Diktatur, die eine höhere sittliche Norm kennt als den reinen Machtzweck, aber sie sind nicht mehr vorhanden in den Staaten der Gegenrevolution.

Wer nach den möglichen weiteren Zielen des Dritten Reiches fragt, darf sie nicht abzuleiten suchen aus den volkspolitischen Verhüllungen, die den Machtgedanken umgeben. *Diese Ziele sind grundsätzlich unendlich*, sie werden jederzeit Funktionen der Macht sein, über die das Dritte Reich verfügt, sie werden jede Volksgrenze überschreiten. Nicht um einige tausend oder hunderttausend Quadratkilometer Boden ist dieser Machtorganismus aufgebaut worden, sondern um der Herrschaft an sich willen, deren letztes Ziel die *Weltherrschaft* ist. Alles was der deutsche Machtstaat erreicht, ist für ihn nur Ausgangsbasis für neue Zielsetzung, und

je mehr erreicht, desto unersättlicher wird er werden. Er kennt keine Grenzen des Volkstums, der Moral, des Rechts, sondern nur sich selbst als höchstes Gesetz. Er verfährt nach dem Grundsatz: „Gegen dies sein absolutes Recht, Träger der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Weltgeistes zu sein, sind die Geister der anderen Völker rechtlos.“

Diese Vergottung der Macht schliesst ein friedliches Nebeneinander der Völker ebenso aus wie demokratische Freiheit im Innern der Völker. Sie kennt keine Menschenrechte, keine autonome Persönlichkeit, keine Freiheit des Staatsbürgers ausser der, seinen nationalen Machtwillen mit dem des Staates zu vereinigen, keine gesellschaftlichen Zwecke, denen der Staat zu dienen habe, sondern nur die Gesellschaft als Mittel des Machtzweckes. *Diese Vernichtung aller Menschenrechte, aller humanitären Zielsetzungen*, aller Freiheit, die von der Autonomie der Persönlichkeit ausgeht, das ist der Sinn der Gegenrevolution.

Wenn die Bewegung der Geschichte bisher ein Fortschreiten von Befreiung zu Befreiung war, so will die Gegenrevolution diesen Prozess umkehren, bis der letzte Rest der Freiheit aus der ganzen Welt verschwunden ist.

Die Weltherrschaft der Gegenrevolution ist eine reale Gefahr. Die Errichtung der Hegemonie des Dritten Reiches in Europa schien einstmal nur in den Köpfen einiger Aufgeregter eine Gefahr zu sein. Heute, nach fünfjährigem Bestand des Dritten Reiches, ist sie verwirklicht.

Aber immer noch nicht begreifen die Demokraten in den noch demokratischen Ländern, was das Fortschreiten der Gegenrevolution auf dem Wege zur Weltherrschaft für sie, für alle, für die ganze Menschheit bedeutet!

Die neue Offensive

Die Achse gegen den Selbstschutz der Westmächte

Immer wieder ist in diesem Blatte davor gewarnt worden, das nächste Ziel der deutschen Aussenpolitik in dem Kampf gegen Russland, in der Eroberung der Ukraine, in der Angliederung der Randstaaten oder dergleichen zu sehen. Das nächste Ziel dieser Politik ist vielmehr die Erlangung der militärischen Hegemonie zunächst über Europa, dann über die Welt. Ist dieses Ziel erreicht, dann kann Deutschland die Bedingungen seines Siegfriedens, die Bedingungen für die Neuverteilung der Welt diktieren, dann fällt ihm die Beute wie sie etwa in den Forderungen der Vaterlandspartei vorgesehen war, in Frankreich und Belgien, in Rumänien, Polen und Russland neben einem grossen und wertvollen Kolonialreich von selbst zu. Die Erreichung der militärischen Hegemonie ist aber nur möglich nach *Ausschaltung der militärischen Kraft Frankreichs und Englands*. Deshalb besteht die eiserne Notwendigkeit für die deutsche, und in ihrer Gefolgschaft für die italienische Diktatur, jeden Zuwachs an Kraft zur *Auslösung eines neuen Drucks gegen die Westmächte* zu benutzen. Um die Tschechoslowakei zu bezwingen, brauchte nicht Russland angegriffen zu werden, es mussten die Westmächte zur Kapitulation gezwungen werden. Um die neu erworbene Herrschaft über das ostherrnische Europa zu sichern, um später einmal Polen

und Russland Bedingungen diktieren zu können, muss der potentielle Widerstand des Westens auf die Dauer ausgeschaltet werden. Diesem Versuch gilt die eben beginnende *neue Phase* der Aussenpolitik der Achse.

Ihren ersten bedeutenden Erfolg hat sie in China erzielt. War es bisher den Engländern und Franzosen gelungen, die Japaner von der lange geplanten Expedition nach Südchina abzuhalten, so bot die Zuspitzung der europäischen Krise jetzt Japan die günstige Gelegenheit. Die unerwartet rasche *Einnahme von Kanton*, die den chinesischen Widerstand zu erschüttern droht, ist nicht nur ein harter Schlag für die englischen Handelsinteressen. Nach dem Falle Shanghais war das englische Hongkong der wichtigste Platz geworden, über den der chinesische Aussenhandel sich abwickelte. Die Verluste von Schanghai wurden durch die Ausdehnung des Handels von Hongkong zu einem erheblichen Teil kompensiert, und der grösste Teil der Waffen- und Lebensmittelzufuhren erfolgte über die Eisenbahn und die Autostrasse, die Hongkong mit Kanton verbindet. Aber viel wichtiger als die Handelseinbusse ist die *territoriale Bedrohung*, die die Japaner, wenn sie tatsächlich ihre Herrschaft in Südchina aufrichten, von da aus unmittelbar gegen das englische Hongkong und das französische Indochina ausüben können. Mittelbar

aber und in einem späteren Zeitpunkt tauchen Gefahren für das englische Empire, für Singapur und Australien auf. Gegenüber diesen ersten und grossen Gefahren aber sind England und Frankreich durch die ungeschwächt fortdauernde europäische Krise nahezu immobilisiert, während Russland ausserhalb der Schussweite bleibt.

War die europäische Kriegsgefahr die günstige Gelegenheit für Japan, so wird jetzt umgekehrt der japanische Vormarsch zur günstigen Gelegenheit für Deutschland und Italien. Und die europäischen Diktaturmächte werden diese Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen. *Der erste Akt des neuen Dramas beginnt*.

Was immer die Regierungen Englands und Frankreichs über die Vorteile der Münchener Vereinbarung erzählen mögen, auch sie können sich nicht der Tatsache verschliessen, dass sie sich nur dem militärischen Druck und der Kriegsdrohung gebeugt haben. Die nächste Konsequenz ist auch für sie *verstärkte Aufrüstung*. Rüstung bis an die Grenze ihrer Wirtschaftskraft und über diese hinaus. Diese Aufrüstung muss umso gewaltiger sein, als es nicht nur gewisse Versäumnisse nachzuholen gilt, sondern auch der Verlust auszugleichen ist, der durch die Uebergabe der tschechoslovakischen Bastion entstanden ist. Und diese Politik des Wett-

rüstens um jeden Preis findet die einmütige Zustimmung der Völker, notgedrungen auch die der Arbeiterparteien.

Das ist aber nicht die Meinung Deutschlands und Italiens. In einer sich steigernden Heftigkeit wendet sich die gleichgeschaltete Presse beider Länder gegen dieses Vorgehen. In einer offiziellen, von Mussolini herührenden Darlegung der „Informazione Diplomatica“ werden England und Frankreich geradezu beschuldigt, den Präventivkrieg gegen Deutschland und Italien vorzubereiten. In der deutschen Presse wird bereits Herr Chamberlain dunkler Absichten verdächtigt und sehr deutlich gesagt, dass die britische Aufrüstung unmöglich friedlichen Absichten dienen könne.

Diese Stellungnahme ist leicht erklärlich. Die Eroberung Oesterreichs und der Tschechoslovakei bedeutet gewiss eine ganz ausserordentliche militärische und strategische Stärkung Deutschlands. Ebenso bedeutet sie, auf längere Sicht gesehen, einen bedeutenden Zuwachs an Wirtschaftskraft. Aber für den Augenblick stellt sie eine Reihe schwieriger Probleme. Die wirtschaftliche Umorganisation und die Erschliessung des mittel- und südosteuropäischen Raums erfordert zunächst grosse finanzielle Beträge. Der Ausbau und die industrielle Rationalisierung Oesterreichs allein kosten bis jetzt wohl schon zwei Milliarden Reichsmark. Der Versuch, die Verkehrswege, Eisenbahnen und Autostrassen, in Südosteuropa auszubauen, die Rohstoffproduktion, namentlich die Bergwerke zu entwickeln, erfordert weitere Milliarden. Nun können diese Werte zu einem grossen Teil in deutschen Waren ge-

liefert werden und darin besteht, wie man weiss, der Plan, der bei den Balkanreisen des Dr. Funck festgelegt worden ist. Die deutschen Produktivkräfte sind aber bereits aufs äusserste angespannt. Eine starke Steigerung des Gesamtprodukts ist in kurzer Zeit nicht möglich. Sollen die erheblichen Warenmengen, die für den Austausch und besonders für die Neuinvestition in diesem Wirtschaftsgebiet notwendig sind, zur Verfügung stehen, so muss die Produktion anderer Güter eingeschränkt werden. Eine solche Einschränkung wäre aber nur auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion möglich. An eine Freisetzung von Produktivkräften in dieser Sphäre könnten die Diktaturen aber nur denken, wenn dadurch die militärischen Kräfteverhältnisse nicht zu ihren Ungunsten verschoben werden. Wenn Frankreich und namentlich das ökonomisch und finanziell weitaus leistungsfähigste Reich, England, neue Rüstungen beginnen, müssen Deutschland und das noch mehr erschöpfte Italien folgen. Statt der Investition für den Balkan, müssen die Produktionskräfte der Aufrüstung dienen. Das bedeutet, dass für Deutschland eine sehr grosse Erschwerung seiner Wirtschaftspläne im Osten, eine Hemmung seiner wirtschaftlichen Hegemoniepläne. Statt dessen sehen sich die Diktaturen in Gefahr, die Lebenshaltung ihrer Völker noch weiter herabzudrücken, um militärisch Schritt halten zu können und nicht in Rückstand zu geraten. Müssen sie aber die Verelendung der Massen noch weiter steigern, steht dann nicht zu befürchten, dass der ganze Erfolg ihrer Aussenpolitik auf die Dauer doch die Enttäuschung über-

das Regime nicht verhindern kann? Deshalb der Angriff auf die von ihnen selbst erzwungene Rüstungspolitik der Weststaaten, das Verlangen nach Aufklärung, gegen wen denn diese neue Bedrohung des Friedens gerichtet sei, und die deutliche Drohung, eine Aenderung dieser Politik zu erzwingen. Nachdem Frankreichs „Sicherheit durch Bündnisse“ von Hitler und Mussolini dank der kurzzeitigen Beihilfe der englischen Regierung zerstört worden ist, soll jetzt auch England und Frankreich die Sicherung durch die eigenen Machtmittel erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Deutschland und Italien könnten jetzt eine Pause in der Aufrüstung recht gut gebrauchen. Eine Rüstungsbeschränkung läge in ihrem unmittelbaren Interesse. Bei den heutigen Machtverhältnissen würde ja eine Rüstungsbeschränkung nur zustande kommen,

wenn sie die augenblickliche militärische Ueberlegenheit namentlich Deutschlands stabilisierte, wobei seine gesteigerte Wirtschaftsmacht Deutschland noch die Garantie gäbe, im Kriegsfall seine industrielle Ueberlegenheit sehr rasch zur Geltung zu bringen.

So richtet sich die eben beginnende Offensive unmittelbar gegen den militärischen Selbstschutz, den die Weststaaten spät und unter viel ungünstigeren Umständen als vor der Operation der Tschechoslovakei einrichteten. Die Forderung der Sozialisten und Pazifisten auf Rüstungsbegrenzung hat sich in eine Politik zur Sicherung der militärischen Hegemonie der Diktaturen und ihrer künftigen Steigerung verwandelt. Es ist notwendig, dass Pazifisten und Sozialisten dies rechtzeitig erkennen.

Dr. Richard Kern

Dr. Oskar Simon tot

Vor einigen Tagen hat der Karlsbader Stadtrat und Badenarzt Genosse Dr. Oskar Simon seinem Leben ein Ende gemacht. Dr. Simon war einer der angesehensten Aerzte des weltberühmten Kurorts, ein medizinischer Schriftsteller von Rang und ein unentbehrlicher Ratgeber der Karlsbader Stadtverwaltung. Sein selbstloses Wirken für die Allgemeinheit, seine unermüdete, freudige Hilfsbereitschaft brachten ihm in der Bevölkerung der Kurstadt Liebe und Verehrung ein bis weit über die Parteigrenzen hinaus.

Oskar Simon war Sozialdemokrat von Jugend an. Ohne Ehrgeiz zu entwickeln und ohne Aemter anzustreben, nahm er an allen politischen Ereignissen mit seinem ganzen Herzen, dem Herzen eines grossen Menschenfreundes, Anteil. Als die Katastrophe über Deutschland hereinbrach, öffnete er den sozialistischen Flüchtlingen weit sein Haus. Die Münchner Konferenz machte ihn selber zum Emigranten.

Oskar Simon war im Egerland geboren, tief in seiner Heimat verwurzelt. Er hatte an Emigrantenleben zu viel gesehen, um es selber ertragen zu können. Materielle Sorgen mögen ihn kaum gedrückt haben, aber der Schmerz über den Verlust alles dessen, was seinem Leben Sinn gab und der Ekel vor der Gemeinheit der Menschen trieben ihn aus dieser Welt. Als Opfer der Münchner Konferenz ist er nur einer von vielen. Die besten, die jagt man in den Tod . . . !

Die ukrainische Regierung zur Zeit in Uzhorod

Seit einigen Tagen liest man in der Presse des Dritten Reiches nicht selten Notizen über die Tätigkeit „ukrainischer Minister“ oder der „ukrainischen Regierung“. Mit diesen Bezeichnungen sind aber keineswegs die Volkskommissare der Sowjet-Ukraine gemeint, sondern die derzeitigen Lenker des kleinen Karpathorusslands, das als föderalistischer Bestandteil der Tschechoslovakischen Republik zusammen mit dieser unter die Herrschaft des Dritten Reiches geraten ist.

Der offizielle Name dieses kleinen Landes lautet bisher immer noch *Karpathorussland*, und den Volkstamm, der die Mehrheit seiner Bevölkerung bildet, hat man im alten Oesterreich und in der Tschechoslovakei immer die Ruthenen genannt. Es ist aber nicht zu bestreiten, dass die neuerdings in der reichsdeutschen Presse beliebte Bezeichnung ethnographisch richtig ist. Die Ruthenen bilden einen kleinen Teil des ukrainischen Volkes, das in seiner Hauptmasse den Westen der Sowjetunion bevölkert, aber auch die östlichen Gebiete der Republik Polen besiedelt.

Die Umlaufung „Karpathorusslands“ in die „Karpathoukraine“, der Ruthenen in Ukrainer und ihrer von Berlin völlig abhängigen Regierung in eine ukrainische Regierung ist einer jenen kleinen Tricks, in denen die braune Propaganda gross ist. Auf einmal tanzt in Uzhorod an Berliner Fäden eine „ukrainische Regierung“. Wann wird sie eine „Regierung der Ukraine“ sein und von Uzhorod — nach Kiew übersiedeln?

Es hat nichts genützt

In der „Essener Nationalzeitung“ (Nr. 275) findet sich der aufschlussreiche Satz:

„Mit den Juden muss aber unter allen

Umständen auch ihr Geist aus der deutschen Wirtschaft verschwinden.“ Die sechs Jahre Streicher haben also in dieser Hinsicht nichts genützt. Dass die nationalsozialistischen Kaufleute eine grosse Gauner sind, ist eine besondere Meinung der vertriebenen Juden.

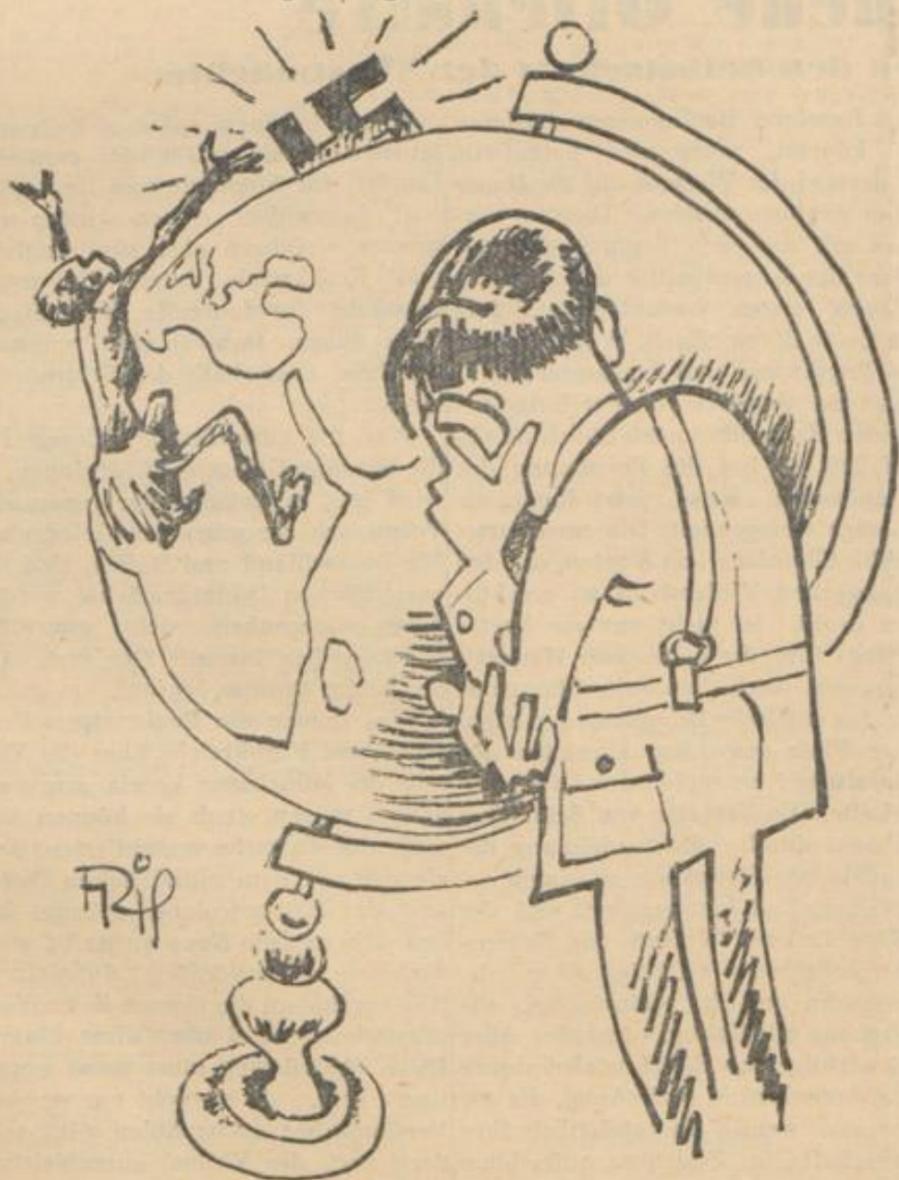
Vom Deutschland der Zukunft

Die in Holland erscheinende katholische Wochenschrift „Der deutsche Weg“ verfolgt die Programmdiskussion, die in den Spalten des „Neuen Vorwärts“ geführt wird, mit sympathischem Interesse. Das katholische Blatt hebt den Sinn für nähere Arbeit hervor, der die deutsche Sozialdemokratie stets ausgezeichnet habe, und fährt dann fort:

„Wir schreiben diese Sätze, obwohl wir genau wissen, welche eine weltanschauliche Verschiedenheit zwischen dem Christentum und auch einem revidierten Marxismus vorhanden ist. Andererseits sehen wir ausser dem Millionenblock, der auch heute noch wie früher zur Mehrheitssozialdemokratie steht, nirgendwo in Deutschland politische Kräfte, mit denen die politischen Vertreter des Katholizismus etwa zusammenarbeiten könnten. Genau wie früher hätten wir wohl die Sehnsucht nach einer arbeitsfähigen Rechte, die aber in Deutschland einfach nicht vorhanden ist. Man gibt sich viel zu wenig Rechenschaft darüber, wie durch den Totalitätswechsel und den Rassismus gerade die Rechte zersetzt worden ist. Wir hatten in der Republik von Weimar noch überall die berufliche Schule, und es war eine Bewegung, die gerade aus Rechtskreisen kam und von ihnen unterstützt wurde, um zu halten, im Dritten Reich einen Verfallungskrieg gegen das Christentum zu führen. Wir werden nach dem Hexenbesen unserer Tage, der wie eine Brockenstein im Faust anmutet, im Vierten Reich angewiesen sein, alle jene Menschen zu sammeln, die noch wissen um den Sinn der Arbeit, besonders auch der geistigen Arbeit, alle jene Menschen, die aus der Vergangenheit gelernt haben, alle jene Menschen, die sich den Glauben an die Notwendigkeit der Achtung der Persönlichkeit und der Freiheit gerettet haben. Dabei werden jene am wenigsten führend sein, die sich auch in diesen Zeiten ihren Schatz blank bewahrt haben. Wir haben Versuche gemacht, dass viele schweigen, wir haben aber kein Verständnis für die geistige Situation derer, denen kein Haar weh geworden wäre, wenn sie weniger nationalistisch gewesen wären. Wir wissen, was der morgige Tag bringt. Wir wissen nicht, ob es überhaupt ein Viertes Reich geben wird in der nächsten Zukunft. Wir wissen erst recht nicht, ob die politischen Kräfte, wie sie überall in der Welt aufgebrochen sind, in absehbarer Zeit der gebändigt werden können. Wir wissen nur, dass einmal der Tag kommen wird, dem das Gestirn der Freiheit auch in der deutschen Nacht erscheinen wird. An dem Tage werden sich alle jene Menschen stellen, die auf dieses Gestirn geschaut haben.“

Berufswechsel verboten. Das Arbeitsamt in Berlin teilt seit Mitte August durch die Mitteilung, dass „Angehörigen des Metall- und Baugewerbes, sowie . . . Hausgewerbetreibenden weiblichen Gastwirtsangestellten, weiblichen Fachkräften der Bekleidungsindustrie und . . . landwirtschaftlichen Lehrern“ Berufswechsel nicht gestattet ist.

SUDETEN-AFRIKANER GESUCHT!



-Was heisst eigentlich „Heim ins Reich!“ auf Kiswaheli?

USA alarmiert

Der New Yorker Spionageprozess - Das braune Netz - Die Minierarbeit der Volkstumsgruppen

Anwachsen der Jugendkriminalität

Während der deutschrechtlichen Fortbildungswoche für Staatsanwälte und Strafrichter, die vom 25. 9. — 1. 10. 1938 in Jena stattgefunden hat, hat Staatssekretär Freisler einen Vortrag „Jugend und Strafrecht“ gehalten. Im Verlauf seiner Ausführungen hat er Ziffern über die Entwicklung der Kriminalität der Jugendlichen in den letzten Jahren gegeben. Er sagte:

„Von 21.529 Verurteilungen im Jahre 1932 fiel die Zahl bis 1934 auf 12.294, betrug im Jahre 1936 16.855 und stieg im Jahre 1937 auf 24.519, also 3000 mehr als 1932. Kann man angesichts dieser Zahlen davon sprechen, dass die Bemühungen um die Verringerung der Kriminalität der Jugendlichen in den letzten Jahren Erfolg gehabt haben?“

Natürlich kann Dr. Freisler davon sprechen. Das Anschwellen der Straffälligkeitstiffer weiss er mit allerlei Argumenten nicht nur zu erklären, sondern im Resultat zieht er, wie sich das für einen Nationalsozialisten gehört, den Schluss, dass die Menschen ehrlicher geworden seien.

„Er glaubt, dass die verstärkte Ehrfurchung im Volke selbst dazu führt, dass die Straftaten Jugendlicher z. B. vom Lehrherrn oder Arbeitgeber in stärkerer Masse als früher zur Kenntnis der Strafverfolgungsbehörden gebracht werden.“

Dr. Freisler zieht überhaupt die ungewöhnlichsten Schlüsse aus den bekannten Tatsachen. Unter anderem erklärt er:

„Da die Gemeinschaftserziehung der deutschen Jugend zum mindesten ein weiteres Anzeichen der Sittlichkeitsvergehen, insbesondere der Vergehen nach Paragraph 175 STGB, verhindert hat, muss man annehmen, dass tatsächlich das schärfere Zugreifen der Polizei das Steigen der Verurteilungen herbeigeführt hat.“

Die Gemeinschaftserziehung hat verhindert, dass mehr Sittlichkeitsvergehen verübt worden sind. Andererseits ist die Zahl der Verurteilungen gestiegen. Die Unwahrheit geht diesen Leuten schon so leicht vom Munde, dass sie nicht mehr wahrnehmen, wenn sie sich in gleichen Satze desavouieren.

Am bemerkenswertesten aber sind die folgenden Ausführungen:

„Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die Mehrzahl der jugendlichen Kriminellen aus dem Teil der Jugend kommt, der von der Hitlerjugend nicht erfasst ist, und zwar obgleich dieser Teil einen bedeutend geringeren Teil der gesamten deutschen Jugend darstellt.“

Es genügt, auf die eigenen Ziffern Freislers zu verweisen, wonach 1934 12.294 Verurteilungen erfolgt sind, also zu einer Zeit, in der die Mehrzahl der deutschen Jugend noch nicht organisiert war, während im Jahre 1937 24.519 verurteilt worden sind, von denen sicher nur ein kleiner Teil abseits der Hitlerjugend gestanden haben kann.

Nazihaftungen in Kopenhagen

Der berüchtigte dänische Nazichef und Goebbelsagent Wilfred Petersen und zehn weitere „prominente“ Angehörige der dänischen Hakenkreuzler-Bewegung sind von der Kopenhagener Kriminalpolizei verhaftet worden.

Diese elf „Kämpfer“ haben eine Anklage wegen schwerer Erpressung in zahlreichen Fällen zu gewärtigen. Weitere Verhaftungen in der gleichen Angelegenheit sollen bevorstehen.

Wie die Kopenhagener Polizei bekannt gibt, haben Wilfred Petersen und die anderen mit ihm zusammen festgenommenen Hitlerjünger längere Zeit hindurch sich systematisch grössere Geldsummen auf besonders noble Art zu verschaffen gesucht. Sie richteten an eine Reihe bekannter dänischer Grosskaufleute Erpressungsbriefe, in denen sie die öffentliche Enthüllung von Ehebrüchen und anderen Schlafzimmerskandalen androhten, für den Fall, dass das jeweilige Opfer dieser arisch-heldischen Kampfmethoden nicht schleunigst bereit sei, einen grösseren Geldbetrag für die guten und volkerlösenden Kampfziele der dänischen Nazisekte zu „spenden“.

Wie es in solchen Angelegenheiten meist zu gehen pflegt — die Betroffenen fühlten sich wehrlos den Erpresser-Schurken an Messer geliefert. Statt die Polizei zu alarmieren griffen sie in den Geldbeutel, was natürlich nur zur Folge hatte, dass die rauen Kämpfer baldigst wieder mit einer neuen Forderung auftauchten. Einem der Erpressen scheint schliesslich die Geduld oder das Geld ausgegangen zu sein. Er erstattete Anzeige. Petersen und seine Gefolgschaft landeten hinter Schloss und Riegel wo sie bereits ein umfassendes Geständnis ihrer „politischen Tätigkeit“ ablegten. Auch eine Reihe von Plünderungsüberfällen auf jüdische Geschäftslöcher konnten der braunen Bande nachgewiesen werden.

Im Grunde hat dies nationalsozialistische Gaunerkompanee nur konsequent ge-

Der New Yorker Spionageprozess bedeutet insofern ein Novum, als hier die kriminelle Zersetzungsarbeit auslandsdeutscher „Volkstumsgruppen“ in ihrer ganzen Gemeingefährlichkeit erstmalig öffentlich und aktenkundig beleuchtet wird. Vor dem New Yorker Obersten Gerichtshof stehen vier Deutschamerikaner, aber die Anklageschrift nennt nicht vier, sondern achtzehn Namen. Dass die Hauptangeklagten dem Zugriff der amerikanischen Gerichtsbarkeit entzogen sind und der Staatsanwalt gleichsam vor leeren Anklagebänken plädiert, gibt diesem Prozesse eine gespenstige Note, macht ihn zu einem Signal, das die Welt nicht überhören kann. Die Hauptschuldigen sind, wie immer, beizeiten in die braune Heimat entkommen, in Hitlers Obhut. Und während gegen sie in New York verhandelt wird, werden sie daheim für weitere ausländische Zersetzungsarbeit geschützt.

Die Vorgeschichte.

Die allmähliche Aufdeckung der Affaire vollzog sich unter Schwierigkeiten, die von der Gegenseite sorgfältig berechnet worden waren. Es gab so viel Vorposten zu durchbrechen, dass die Hauptstellung währenddessen in Ruhe geräumt werden konnte. Man stiess auf lauter kleine Leute. Zu Beginn dieses Jahres wurde in Schottland eine Friseurin verhaftet, Mrs. Jessie Wallace Jordan, Engländerin, mit einem deutschen Staatsangehörigen verheiratet. Das Edinburgher Gericht verurteilte sie im Mai wegen Spionage zu vier Jahren Zuchthaus. Die Verhandlung war streng geheim. Alle Fäden, die von diesem Prozess ausstrahlten, wiesen nach Amerika. Jessie Jordan war, wie es in der Spionagesprache heisst, ein „Postoffice“. Sie empfing Briefe aus Berlin und leitete sie weiter. Wer waren die Adressaten? Wiederum kleine Leute. Eine sechszwanzigjährige deutsche Kollegin, Johanna Hofmann, Bordfriseurin auf dem Dampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd. Erich Glaser, Gemeiner in der 18. Aufklärungsschwadron in Mitchell Field, ein gebürtiger Leipziger. Günther Rumrich, 37 Jahre alt, als Sohn eines kleinen k. u. k. österreichischen Konsulbeamten in Chicago geboren, in Deutschland erzogen, 1929 nach Amerika zurückgekehrt, 1935 aus der amerikanischen Armee desertiert, zuletzt Mitarbeiter der Berlitz-Sprachschule und einer chemischen Fabrik in Brooklyn. Alle drei sitzen heute in New York auf der Anklagebank. Als vierter gesellte sich Otto Hermann Voss dazu, ein ehemals deutscher, später in Amerika naturalisierter Mechaniker, vor seiner Verhaftung bei der „Seversky aircraft plant“, einer Flugzeugfabrik in Farmingdale, angestellt.

Den vier Angeklagten — von denen einer, Rumrich, „auf schuldig plädiert hat“ und somit nach amerikanischem Recht als Belastungszeuge gegen die Mitangeklagten vernommen werden konnte — ist Spionage zu Gunsten Deutschlands und Verbindung mit deutschen Gruppen nachgewiesen worden. Aber

„die Hauptschuldigen sitzen in Deutschland“.

so erklärte der Staatsanwalt in seiner Anklagerede. Er erklärte es — gegen den sonst in Spionageverfahren üblichen Brauch — in aller Öffentlichkeit, vor dem ganzen Lande. Amerika achtete der zahlreichen Demarchen nicht, die vom deutschen Botschafter beim Staatsdepartement und von der Wilhelmstrasse beim amerikanischen Botschafter in Berlin unternommen wurden. „Die Hauptschuldigen sitzen in Deutschland“ — in den höchsten militärischen Stellen. Einige Namen aus der Anklageschrift:

Dr. Erich Pfeiffer, Chef des deutschen militärischen Nachrichtendienstes, Oberstleutnant Busch, Chef des geheimen Abwehrdienstes, Kapitänleutnant der deutschen Marine Hermann Mensele, Kapitänleutnant der deutschen Marine Bodo von Bohnen.

Die ersten nachweisbaren Spionageakte der Bande wurden bereits im Jahre 1935 verübt. Seit 1935 arbeiteten in Amerika unter anderem auch William Lonkowski, der

heute nach seiner Flucht aus USA eine hohe Stellung im deutschen Luftfahrtministerium bekleidet, der Luftfahrtsachverständige Werner G. Gudenberg und Dr. Ignaz Griebel, über den weiter unten noch zu sprechen sein wird. Sie sind nebst einigen weiteren Komplizen nach Deutschland entkommen.

Das Spinnennetz.

Die Bande hatte ihre Agenten auf den Schiffen des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie sitzen, in der Armee der USA, im Reservekorps und in den Rüstungsbetrieben verschiedener Städte. Unter der Leitung erfahrener Spionagespezialisten in Berlin wurden geheime Pläne von Flugzeugmutter Schiffen und Zeichnungen anderer wichtiger Neukonstruktionen gestohlen. Die Spione fälschten die Unterschrift des Präsidenten Roosevelt und verschafften sich mit ihrer Hilfe im amerikanischen Marineministerium die vollständige Liste der Einheiten der Atlantikflotte. Amerikanische Blankopässe wurden gefälscht. Einige besonders abenteuerliche Pläne — so sollte Oberst H. W. Eglin gekidnappt werden, um gewisse in seinem Besitz befindliche Geheimpläne der Küstenverteidigung stehlen zu können — schlugen allerdings fehl. Dafür wurden an Bord der deutschen Ozeandampfer, besonders der „Europa“, während der Ueberfahrt wichtige Dokumente aus den Postsäcken herausgenommen und photographiert. Seitdem dies durch eine Aussage Bumrichs bekannt wurde, denken die zuständigen Washingtoner Stellen daran, den Postvertrag mit Deutschland zu kündigen.

Aber die New Yorker Richter haben nicht nur festgestellt, dass es sich bei der entlarvten Gruppe nur um einen Arm einer aggressiven Spionageorganisation handelt, die Deutschland „auf bürokratischer Grundlage aufgebaut hat“, sie haben auch erkannt, dass die Spione des Dritten Reiches aufs engste mit dem japanischen Spionagedienst zusammenarbeiten. Die „New York Times“ vom 21. Juni schreiben:

„Gemäss der Aussage von Zeugen, die in den Fall verwickelt sind, handelte es sich um eine Art von Hintertürenverbindung zwischen den Hauptquartieren der Spionagetruppen in Berlin und in der japanischen Armee zum Zwecke des gegenseitigen Austauschs militärischer Daten im Interesse der Antikomintern.“

Also ein internationales, weltumspannendes Spionagenetz, dessen Fäden im deutschen Kriegsministerium zusammenlaufen. Amerika fühlt sich hauptsächlich durch diese breite Ausdehnung der Konspiration beunruhigt.

Der New Yorker Heinlein.

Kommen wir wieder zu Dr. Ignaz Griebel. Er gehört zu den nach Deutschland geflüchteten Amerika-Spionen und ist gebürtiger Deutscher. Während des Krieges diente er in der deutschen Armee als Oberleutnant. Einige Jahre nach dem Kriege kam er nach Amerika, studierte Medizin, machte das Doktorexamen, liess sich naturalisieren und praktizierte von da an in New York. Aber Dr. Griebel war nicht nur Arzt — sogar Reserve-Stabsarzt der amerikanischen Armee — seit 1933 war er ausserdem noch ein Stück „unterdrückte Minderheit“. Als Präsident der Liga „Freunde des neuen Deutschlands, jetzt Deutsch-amerikanischer Bund“ konspirierte er seit Jahren mit allen möglichen Feinden der amerikanischen Demokratie. So mit dem deutschen Agenten Heinz Spanknoebel. Einmal fungierte er bereits als Zeuge vor einem Komitee, das die nationalsozialistischen Untriebe in den Vereinigten Staaten untersuchte. Ein Minderheitenangehöriger, der sich im Dritten Reich ein Zehntel dessen zusehulden kommen liesse, was der sozusagen loyale amerikanische Staatsbürger Griebel im Laufe der Jahre verbüsst hat, klüme in Deutschland unters Fallbeil. Er war Anführer der soeben entlarvten Spionagetruppe und Hauptverbinder zu den Berliner Stellen. Er verhalf Lonkowski zur Flucht und verzog sich bald darauf ebenfalls nach dem Hitlerreich, wo er auch ohne Pass mit Ehren aufgenommen wurde.

Die amerikanische Regierung zweifelt daran, dass die entflohenen Zeugen freiwillig abreißen. Terroristische Drohungen halfen nach. Griebel war in den Vereinigten Staaten nicht ohne Exekutivgewalt. Mitglieder der Gestapo standen ihm laut „New Yorker Times“ zur Verfügung. Die Auslandsdeutschen wissen recht gut um diese Privatruppen der braunen Spitzelführer, und damit hängt es zusammen, dass die Zahl jener Deutschen in den Demokratien, die es wagen, sich den Weisungen Hitlers zu widersetzen und loyale Bürger des Gastlandes sein wollen, immer kleiner wird. Auch das Schicksal der hitlergegnerschen Minderheit im sudetendeutschen Gebiet hat eine zu einschüchternde Sprache gesprochen. Griebel, der New Yorker Heinlein, musste ins Reich flüchten, aber er träumt wohl davon, nach der Vernichtung der Demokratien als Sieger zurückzukehren.

Warum Schauprozess?

Der Missbrauch politischer Minderheiten zu politischen Schiebungen, das zersetzende Treiben deutscher „Volkstumsgruppen“, diese Verbindung von Spionage und „Brauchtum“, von Geschäft und Rassenmythos, von Femeterror und Volkstied, von Kidnapping und Blubo, ist im Völkerleben neu und bildet einen dauernden, heimtückischen Gefahrenherd. Die Regierung von USA, die der jüngsten Entwicklung in Europa misstrauisch und kritisch zugesehen hat, möchte diese faschistische Heimtücke öffentlich anprangern. Man hat in New York, ungeachtet aller diplomatischen Proteste von deutscher Seite, das braune System auf die Anklagebank gesetzt, um die Welt zu alarmieren. Amerikanische Blätter betonen, dass sich derselbe braune Gangsterbetrieb in Südamerika breit zu machen suche. Die brasilianische Regierung hat erst kürzlich den deutschen Botschafter Hitler zum Abtreten genötigt, weil er faschistisch-putschistische Strömungen begünstigte.

Immer deutlicher schiebt sich Präsident Roosevelt als Gegenspieler der faschistischen Brandstifter in den Vordergrund. Das Versagen der grossen europäischen Demokratien, ebenso wie die Entwicklung in Ostasien zwingen USA aus der isolationistischen Defensive heraus. Das Washingtoner Rüstungsprogramm ist neuerdings beträchtlich erweitert worden. Die Rüstungskredite sind schon jetzt um 25 Prozent der veranschlagten Summe erhöht worden. USA bereitet sich auf die Auseinandersetzung mit der Achse vor. Roosevelt und die Seinen sind jünger und elastischer als gewisse Lords. Der bolschewistische Popanz wirkt im Weissen Haus bei weitem weniger. Russland ist fern und bedeutet ausserdem in Ostasien einen schätzenswerten Bundesgenossen gegen den japanischen Imperialismus. Die kommunistische Agitation jedoch erscheint heute USA mit Recht erheblich weniger gefährlich als die hitleristische. Die kommunistische Propaganda arbeitet mit sichtbaren, kontrollierbaren politischen Mitteln. Die braune Wühlarbeit ist unterirdischer, raffiniert völkisch getarnt, hält bewaffnete Minderheiten „einsatzbereit“, wendet sich an „bessere Kreise“ und hat dank ihrer antibolschewistischen Firmierung jene vorzüglichen, honetten Verbindungen, aus denen Hitlers „göttliche Eingebungen“ stammen.

Man hat im Weissen Hause gut begriffen, dass nicht die Komintern, sondern die Antikomintern jene „Neuverteilung der Welt“ proklamieren, zu der auch die Rohstoffquellen Amerikas gerechnet werden. Die Kehrseite der lauten Nazi-propaganda wird sichtbar. Am 20. Oktober warnte Staatssekretär Harold Ickes in einer Rede in Hollywood vor der faschistischen Weltgefahr: „Konzentrationslager und „Abrechnung halten“ sind biblische Ausdrücke in der Sprache der Völker geworden, die vorgeben, humanitär zu sein und den Frieden zu lieben... Die totalitäre Lehre unterminiert heimtückisch den Tempel unserer Freiheit...“ Selten gelingt es, die unterirdischen Vorspiele neuer Beutezüge so zu entblößen, wie im gegenwärtigen New Yorker Sensationsprozess. Er gehört zu den psychologischen Vorbereitungen Amerikas auf grosse Auseinandersetzungen.

handelt. Petersen und seine Parteigenossen haben im Kleinen dieselbe Taktik und Technik angewandt, deren sich — im grossen, weltpolitischen Format — ihr allerhöchstes Vorbild zu bedienen pflegt: Erpressung.

Während sich aber in der dänischen Hauptstadt relativ bald jemand fand, der gegen die Räuber sich zur Wehr setzte, haben es die Demokratien Europas bisher vorgezogen, eine jede Erpresser-Rechnung des mit dem Krieg drohenden Nazismus stillschweigend und ergebenst zu begleit-

hen und... angstvoll der nächsten Forderung entgegenzubringen.

Diese Art auf die braune Pest zu reagieren ist zwar unklug und absolut zwecklos — dafür trägt sie aber den schönen Namen „Rettung des Friedens“...

Reuchler

Die „Berliner Börsenzeltung“ ist tief darüber empört, dass manche Auslandsblätter es noch immer wagen, hier und da ein un-

nildes Wort gegen den Hitler zu schreiben.

„Die Beschimpfung eines fremden Staatsoberhauptes ist ein Verstoß gegen die primitivste Anstandspflicht und sollte nirgends geduldet werden.“

Das schreibt eine Zeitung, die — wie die gesamte Nazipresse — soeben erst Wochen und Monate hindurch das tschechoslovakische Staatsoberhaupt tagtäglich als einen Lügner, Schurken, Schwindler, bezahlten Moskauagenten und Chef der hussitischen Wegelagerer bezeichnete.

Berichte aus Deutschland

Strafregimenter Damit die Gewehre nicht nach hinten losgehen

Die Zahl der von deutschen Nazirichtern wegen „politischer Verbrechen“ Vorbestraften ist so gross, dass die Armee für einen Teil der „Politischen“ sogenannte „Strafregimenter“ eingerichtet hat. Von abgeurteilten Hochverrätern wird angenommen, dass sie nur nach einer Gelegenheit suchen, um den Feind im eigenen Lande zu bekämpfen. Sie erhalten deshalb, falls sie nach Verbüsung ihrer Strafe überhaupt freikommen, als „politisch Unzuverlässige“ einen „Wehrausschlusspass“, sie werden in Friedenszeiten nicht eingezogen und nach Möglichkeit auch nicht zu Heeresarbeiten zugelassen. Wegen harmlos bewerteter politischer Oppositionshandlungen Vorbestrafte, die nicht als dauernd „p. u.“ (politisch unzuverlässig) angesehen werden und daher einen Wehrpass erhalten, werden nicht wie üblich eingezogen; die Nazi-Diktatur fürchtet antifaschistische Infizierung der Soldaten. Die „politisch Unzuverlässigen“ werden daher seit einiger Zeit zusammen mit Kriminellen, die nur mit Gefängnis vorbestraft sind, in „Strafregimentern“ ausgebildet, in Infanterieregimentern, in denen die Strafsoldaten beinahe wie Konzentrationslager-Gefangene behandelt werden. Beschimpfungen sind üblich, schikanöses Strafexerzieren ist Regel. Beim geringsten Widerstandsversuch wird in die Reihen der Strafsoldaten hineingeschossen.

Die Strafsoldaten werden auch mit der Waffe ausgebildet, allerdings unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen. Sie erhalten die Schusswaffen erst auf dem Exerzierplatz. Vor dem Aushändigen der Waffen rücken Züge eines anderen Regiments an, das überwiegend aus SA- und SS-Leuten besteht. Damit die Gewehre nicht eines Tages nach hinten losgehen, bleibt die Wachmannschaft mit scharf geladenem Gewehr auf dem Exerzierplatz, bis die Strafsoldaten wieder entwaffnet werden.

Vom Lohnkampf in Österreich

Im eroberten Oesterreich haben sich die Preise rasch dem höheren deutschen Preisstand angeglichen. Trotzdem versuchen die Nazis, die Löhne der österreichischen Arbeiter gewaltsam auf dem alten niedrigen Stand zu halten. Bei den militärischen Bauten und in der Rüstungsindustrie haben sie allerdings häufiger dem Druck der Arbeiter nachgeben müssen. Die Militärs wollten bestimmte Bauten und Arbeiten termingemäss fertigstellen, sie liessen deshalb, wenn Verzögerungen durch passive Resistenz drohten, Lohnzuschläge bewilligen. So kommt es, dass heute in Oesterreich Hilfsarbeiter im Baugewerbe oder in der Metallindustrie einen höheren Stundenlohn erhalten als hochqualifizierte Facharbeiter gewisser ziviler Industrien. Viele Facharbeiter bemühen sich deshalb um Arbeit als Hilfskraft. Der Wiener „Völkische Beobachter“ beschwert sich (am 25. September) darüber, es sei „notwendig, dass der Arbeiter den Vorübergehenden Nachteil einer etwas (?) schlechteren Bezahlung in Kauf nimmt . . . dass kein Facharbeiter seine bisherige Verwendung gegen die Stellung eines vielleicht vorübergehend besser bezahlten Hilfsarbeiters in anderen Produktionszweigen vertausche“.

Wahrscheinlich werden die Nazis versuchen, durch Einsetzen schlechtbezahlter sudetendeutscher Arbeiter den Lohnkampf der österreichischen Arbeiter abzuwürgen und das Lohnniveau der Hilfsarbeiter der österreichischen kriegswichtigen Betriebe zu senken.

Schlachtfeldhyänen Nun wird Sudetenland geplündert

Hinter den deutschen Truppen, die jetzt in das Sudetengebiet einzogen, erschienen, genau wie im März 1938 beim Einfall in Oesterreich, die Aufkäufer. Diesmal aber bemühten sich österreichische Nazis, der reichsdeutschen Konkurrenz zuvorzukommen. Sie haben es so toll getrieben, dass der Landeshauptmann der Provinz Oberdonau sich in einem Aufruf gegen die „verbrecherische Geschäftemacherei . . . der Schlachtfeldhyänen“ wenden musste, gegen die „gewissenlosen Subjekte“, die selbst „noch aus dem Elend der Aermsten ein Geschäft machen“ und glauben „ungestraft . . . Klüfte der verschiedensten Art tätigen . . . und . . . Schacher auf dem wirtschaftlichen Leichenfeld treiben zu können“.

(Wiener „Völk. Beob.“ v. 6. 10. 38)

Transportarbeiter unter dem Faschismus

Aus Berichten deutscher Arbeiter

Arbeiter der Deutschen Reichsbahn schreiben:

Damit der überbeanspruchte Fahrzeugpark der Deutschen Reichsbahn notdürftig den Verkehrs-Anforderungen genügen kann, müssen in den Reichsbahnausbesserungswerkstätten die Ueberholungen und Reparaturen beschleunigt erledigt werden. Jeder Dienststelle bzw. jeder Meisterschaft wird ein bestimmtes Arbeitspensum zugewiesen, das in kürzester Frist aufgearbeitet werden soll:

„Geregelte Arbeitszeit gibt es bei uns nicht mehr. Anfang und Ende der Arbeitszeit und der Pausen bestimmen die Dienststellenleiter oder der Meister. Die Arbeit beginnt (in den Reichsbahnausbesserungswerkstätten) um halb 5 Uhr früh und endet 12 Uhr nachts. Innerhalb dieser Zeit kommen und gehen die Arbeiter, je nachdem wie sie vom Meister bestellt werden. Im Durchschnitt muss bei uns jeder Arbeiter täglich 10 1/2 Stunden arbeiten.“

„Trotz der vielen Ueberstunden wird nicht viel verdient. Ich habe einen Stundenlohn von 66 Pfennig. Im September habe ich 53 Ueberstunden machen müssen. Durch die Ueberstunden habe ich einen höheren Wochenverdienst, ich bin dadurch in höhere Steuerklassen und höhere Beitragsklassen der Sozialversicherung und bei der Arbeitsfront gekommen. Durch die erhöhten Abzüge bleibt mir von jeder Ueberstunde nur ein Verdienst von ganzen 47 Pfennigen. Anders geht das genau so. Das

trägt nicht dazu bei, die gereizte Stimmung zu verbessern“.

Bericht eines deutschen Seemanns:

„Wer sich unser Schiff im Hafen im Ausland mal von der Seite ansieht, wird leicht den Eindruck eines nationalsozialistischen Musterschiffes bekommen. Aber der Hungerhaken am Heck täuscht. Auch die manchmal zur Flaggenparade angetretenen paar Nazijünglinge täuschen nur den Aussenstehenden.“

Unser Schiff hat eine Besatzung von knapp 200 Mann, von denen genau 14 Mann Mitglieder der NSDAP oder der SA (Marinesturm) sind. Hundertachtzig Mann der Besatzung sind keine Nazis! Obgleich die Seeleute in Hamburg oder Bremen mit allen Mitteln in die NSDAP oder in den Marinesturm der SA gelockt werden, obgleich man ihnen den Eintritt so leicht macht (für Seeleute besteht keine Parteisperr), tritt so gut wie niemand ein. Deck und Maschine halten ohne besondere Abmachung gegen die Nazis zusammen. Nach aussen hin besteht nur eine Organisation, die NSDAP. Aber die übergrosse Mehrheit will mit den Nazis nichts zu tun haben, und das sind in diesem Fall 180 Mann!

Die Stimmung an Bord kommt ziemlich offen zum Ausdruck, wenn irgend etwas über Spanien im Bordbericht veröffentlicht wird und besonders, wenn die Franco-Truppen Niederlagen erleiden, beim Steigen der Preise in Deutschland und bei Ver-

schlechterung der wirtschaftlichen Lage wenn wieder mal die Abzüge erhöht werden. — Man kann immer wieder feststellen, dass fast jeder den stillen Wunsch hat, es solle losgehen. Warum? Weil dann nach Meinung aller der ganze Schwindel des Nationalsozialismus zusammenbricht.“

**

Autobus-Chauffeure werden in Deutschland gezwungen, mit unzureichend geheizten Wagen zu fahren. Die zahlreichen Unfälle stören die „Volksgenossen Unternehmer“ nicht. Erst bei der Vorbereitung der Mobilisierung „hat der (deutsche) Reichsverkehrsminister aus Anlass der schweren Unfälle im deutschen Kraftomnibusverkehr die Untersuchung aller privaten Kraftomnibusse des Gelegenheitsverkehrs auf ihre Betriebssicherheit . . . angeordnet . . . Es sind bisher rund 5.500 Omnibusse untersucht worden. Davon wiesen 38,8 Prozent schwere Mängel auf und mussten zur nochmaligen Nachprüfung bestellt werden. 8,2 Prozent waren verkehrsun sicher und wurden sofort aus dem Verkehr gezogen.“

Die Mängel zeigten sich in der Hauptsache bei den Fuss- und Handbremsen, der Lenkung und beim Fahrtrichtungsanzeiger. In etwa 700 Fällen waren mehr Sitzplätze vorhanden, als der zulässigen Belastung entsprach“.

(„Frankf. Ztg.“, Nr. 487/8 v. 24. 9. 38)

Protest gegen Lohnabzug Neun Monate Gefängnis

In einer deutschen Hafenstadt ging ein Arbeiter zum Personalbüro des Werkes und erklärte:

„Ich habe Frau und Kinder und komme mit meinem Lohn nicht aus. Die Winterhilfe weiss, wie schlecht es mir geht, sie hat mir deshalb Lebensmittelpakete gegeben. Leider aber nur alte Erbsen und Bohnen, die kaum das Kochen lohnten. Es ist deshalb besser, dass mir die Winterhilfe nichts mehr gibt und mir dann aber auch keine Winterhilfe-Spenden mehr vom Lohn abgezogen werden. Dann kann ich meinen Kindern für das Geld, das ich bisher für die Winterhilfe geben musste, etwas Besseres zum Essen kaufen. Da die Winterhilfe-Spende freiwillig ist, kann das wohl in Ordnung kommen.“

Der Arbeiter wurde wegen Verweigerung der angeblich freiwilligen Winterhilfe-Spende als „national unzuverlässiger Volksgenosse“ bezeichnet und entlassen, und wegen „Kritik am Winterhilfswerk“ zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein mehr als 4 Jahre in einem württembergischen Betrieb tätiger Mechaniker wurde (am 9. März 1938) mit der Mitteilung entlassen, dass er „aus Gründen der Staatssicherheit auf besondere Veranlassung“ auf die Strasse gesetzt worden sei. Weshalb er die Staatssicherheit gefährde, wurde dem Arbeiter nicht mitgeteilt.

Er klagte beim Arbeitsgericht, doch die Nazi-Arbeitsrichter erklärten ihm: „Betriebe der Rüstungsindustrie . . . unterliegen . . . einer strengen staatlichen Aufsicht, die . . . geheim ausgeübt wird“. Es genüge, „dass eine staatliche Stelle, deren Namen nicht genannt werden darf, die . . . bindende Anweisung erteilt hat, ihn aus Gründen der Staatssicherheit zu entlassen, ohne ihm (!) oder dem Gericht diese Gründe im einzelnen bekanntzugeben . . .“ (Urteil des Arbeitsgerichts Stuttgart vom 7. Mai 1938 — Aktenzeichen 1 Ca 375/38.)

Hitler befiehlt Lohndruck

Ein Teil der deutschen Arbeiter hat den durch die Häufung der deutschen Kriegsvorbereitungen und vor allem durch die Mobilisierung von 1,5 Millionen Menschen hervorgerufenen Arbeitermangel zum Lohnkampf ausnutzen können. Vor allem im Baugewerbe und in der Metallindustrie haben Gruppen von Facharbeitern und in einigen Bezirken auch schwer ersetzbaren Hilfsarbeitern Lohnaufbesserungen durchgedrückt. Diese Lohnaufbesserungen verteuern die Rüstung, sie sollen deshalb be-

seitigt werden. Hitlers Arbeitsminister hat jetzt die ihm unterstellten Treuhänder der Arbeit ermächtigt, im Baugewerbe und in der gesamten Metallindustrie „unter Abänderung von Betriebsordnungen und Arbeitsverträgen Löhne mit bindender Wirkung nach oben und unten festzusetzen“. (Anordnung vom 3. und 15. September.)

Der Marschdirektor

Eine Sitzung des Reichsrechnungshofes beschäftigte sich grundsätzlich mit der Regelung der Beziehungen zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft. In einem westdeutschen Grossbetriebe war ein Angestellter zum stellvertretenden Betriebsführer ernannt worden, der keine andere Aufgabe hatte, als den „Marschdirektor“ zu spielen, das heisst, dem wirklichen Betriebsführer die gesamten Auseinandersetzungen mit der Gefolgschaft abzunehmen. Das Urteil des Reichsrechnungshofes sagt dazu:

„Dieser Angestellte war also nichts mehr und nichts weniger als der Strohmännchen. Ihm oblag einzig und allein die Aufgabe, der Gefolgschaft den Weg zum verantwortlichen Betriebsführer zu versperren und den oberflächlichen Schein zu wahren, als sei er für die Aufgaben der Gefolgschaftsbetreuung eingesetzt. Dazu fehlten ihm aber auf der andern Seite die notwendigen Machtbefugnisse. Der verantwortliche Betriebsführer, der sich an seinen sozialpolitischen Verantwortungen vorbeidrücken wollte, sah in seinem stellvertretenden Betriebsführer, dem Marschdirektor, nur einen Sündenbock, auf den er alle sozialen Mängel im Betrieb der Verantwortung nach abzuwälzen versuchte.“

Der Zufall hat es gewollt, dass dieser Betrieb von Ley die Goldene Medaille als „nationalsozialistischer Musterbetrieb“ erhielt! Der Herr Betriebsführer heimste die Ehren ein, während sein Marschdirektor im Hintergrund blieb. Deutsche Volksgemeinschaft!

Schreckliche Zustände

Aber wo?

Ich nahm das Buch zur Hand und las den anderen vor:

1. Es gibt überhaupt in . . . keinen freien Arbeitsmarkt.

2. Der Arbeitgeber — sprich Staat — besitzt allein das Recht, über die Art der Arbeit und der Beschäftigung sowie über die Fabrik, in die der Arbeiter eintreten soll, zu bestimmen.

3. Der Arbeitgeber — sprich Staat — bestimmt über Wohnung und Wohnort des Arbeiters.

4. Weigert sich ein Arbeitnehmer, dem nachzukommen, so wird er mit der Arbeitsentziehung bestraft und erhält somit auch keinen Lohn mehr.

5. Gegen Beschlüsse des Arbeitgebers — sprich Staat — gibt es keine Berufung.

6. Der Arbeitnehmer genießt nicht den geringsten gewerkschaftlichen Schutz, denn der Arbeitgeber — sprich Staat — ist die Gewerkschaft.

7. Der Arbeitgeber — sprich Staat — setzt einseitig den Lohn und die Arbeitsbedingungen fest, dagegen gibt es keine Berufung.

8. Der Arbeitnehmer ist somit völlig rechtlos.“

Nachdem ich dies verlesen hatte, fragte ich die Anwesenden: „Was stellen die acht Punkte dar?“ — Ohne sich zu besinnen, antworteten alle: „Die Zustände im Dritten Reich unter dem Göring'schen Arbeitspflichtgesetz.“ „Fehlgeschossen!“ — Ich liess sie jetzt den Einband des Buches sehen. Es zeigte die üblichen Hakenkreuzembleme. — „Was Ihr hier seht, ist eine nazi-amtliche Propagandaschrift des Dr. Ley, betitelt: „Wir alle helfen dem Führer.“

„Unmöglich! Wie kann er darin mit solcher Offenheit über die deutschen Zustände schreiben?“

„Er meint ja gar nicht Deutschland. Er meint Sowjet-Russland. Diese acht Punkte sollen dem Arbeiter zeigen, wie schlecht es seine russischen Klassengenossen haben. Und er hält die deutschen Arbeiter für solche Esel, dass er meint, sie merken nicht, wie Punkt für Punkt, Satz für Satz ihre eigene Lage kennzeichnet.“

Ein Staatsfeind

Ein 22jähriger deutscher Arbeiter, der der Einberufung zur Zwangsarbeit beim Strassenbau keine Folge leistete, wurde vom Schöffengericht Koblenz im Schnellverfahren als „Staatsfeind“ zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Amtsgericht Neuwied (Rheinland) verurteilte 3 Arbeiter, die die ihnen zugewiesene Zwangsarbeitsstellen verlassen hatten, zu Gefängnisstrafen. Für einen der Verurteilten müsste nach Anordnung des Gerichts „noch während der Haft der Dienst bei der Autobahn beginnen“.

(„Köln. Zeitung“ Nr. 435 v. 29. 8. 38)

Ueberanstrengung der Arbeiter. Die Arbeitszeit vieler deutscher Arbeiter ist bereits nahe an die Grenze des volksgesundheitlich Erträglichen gerückt“, stellt das „Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront“ fest. Dennoch fordert es „erhöhte Arbeitsleistung durch erhöhte Arbeitszeit zu erzielen“. („Monatshefte für NS-Sozialpolitik“, 25. September 1938.)

Vom Deutschland, das werden soll

Briefe zur Programmfrage

Zu seinem Aufsatz: „Wir brauchen ein Programm“ (Nr. 270 des „Neuen Vorwärts“) sind dem Genossen Friedrich Stampfer eine Reihe von Zuschriften zugegangen, die mit Zustimmung der Absender hier wiedergegeben werden sollen. Wir beginnen mit einem Brief des Genossen Fritz Tarnow:

... wenn nur nicht ringsherum die „Programmmisten“ auf der Lauer lägen, denen mangels anderer Möglichkeiten der politischen Aktivität die Programmdiskussion um ihrer selbst willen das höchste der politischen Lustgefühle bedeutet und die sich ihrer Mission bewusst sind, mit unbeugsamer Strenge darüber zu wachen, dass nicht schon gleich wieder in das Fundament des neuen Gebäudes die Keime eines neuen „Verrats“ mit eingeschmuggelt werden! Auch Sie selbst sind wohl nicht ganz frei von solchen Beklemmungen, wenn Sie fordern, dass die Konzentrationsdebatte von der Programmdiskussion getrennt werden müsse. Aber wie wäre das möglich? Doch nur, wenn man sich darüber einig würde, sich vorläufig auf die Anerkennung einiger allgemeiner Richtlinien zu beschränken und die Aufstellung eines Programms auf später zu verschieben.

Bei näherer Betrachtung wird sich vielleicht herausstellen, dass ein Programm, das heute aufgestellt werden könnte, überhaupt viel mehr auf die Proklamierung allgemeiner Grundsätze beschränkt werden müsste, als Ihnen lieb ist. Auch wenn man weiss, dass Programme ebensowenig von ewiger Dauer sein können, wie irgendeine gesellschaftliche und ökonomische Verfassung, dass „letzte Endziele“ nicht festgelegt werden können — umso weniger, je präziser sie dargestellt werden — weil die Entwicklung auch dann noch weiter gehen wird, wenn sie die äusserste Linie erreicht hat, die wir bestenfalls heute sehen können, muss man doch an ein „Programm“ die Forderung stellen, dass es über den Tag hinaus für die Zukunft gilt; in ihm sollen unsere Ziele der gesellschaftlichen Ordnung, der politischen, ökonomischen und sozialen Verfassung herausgestellt werden. Sie meinen, dass diese Ziele deutlicher gezeigt werden müssten, als im alten Programm, dass die Vorstellungen über das was kommen soll, schärfer zu umreissen seien. Sicher wird das viel Zustimmung finden.

Aber handelt es sich dabei wirklich nur um das Bedürfnis, das „Endziel“ deutlicher sehen zu können oder ist es nicht in viel höherem Masse die Ungewissheit über den Weg, der dahin führen soll? Das alte Programm hat ausgereicht, um unseren Anhängern die Vorstellung zu vermitteln, dass die zukünftige sozialistische Gesellschaftsordnung ein vollkommenes Ideal sein wird. Über den Weg hatte man sich den Kopf nicht zu zerbrechen. Mit Recht hat R. G. in seinem Bebel-Artikel in Nr. 269 des „Neuen Vorwärts“ daran erinnert, dass es in der wissenschaftlichen marxistisch-sozialistischen Bewegung geradezu verpönt war, sich eingehender mit dem Zukunftsstaat und seinem Aufbau zu beschäftigen, denn das galt als „utopische Spielerei, un-wissenschaftlich und unmarxistisch.“ Der Gang der Geschichte erschien eben „als je-ne-sa-quoi-Mass, das gesetzmässig von den jeweiligen ökonomisch-historischen Tatsachen bestimmt wird“.

Sich heute darüber streiten zu wollen, inwieweit die Vorstellung vom automatischen Werden des Sozialismus auf die marxistische Lehre selbst oder auf dem „Vulgär-marxismus“ beruht, hätte wenig Sinn; es ist nur festzustellen, dass die Geschichte einen ganz anderen Verlauf genommen hat, als sie nach den alten Vorstellungen hätte nehmen müssen. Sozialismus, das wissen wir heute, muss nicht nur ersehnt und gewünscht werden, er will konstruiert und durchgeführt werden. Dazu muss man sich natürlich ein Bild davon machen können, wie den eigentlichen sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aussieht und wie sie funktioniert, aber die Vision allein bringt uns nicht noch nicht weiter, wenn wir nicht konkret über die Mittel und Wege der Verwirklichung Bescheid wissen. Nach den Erfahrungen, die nun vorliegen, können wir uns dabei weder auf ein „ehernes Gesetz der Geschichte“ noch darauf verlassen, dass der Instinkt und das Klassenbewusstsein des Proletariats zur rechten Zeit den rechten Weg schon finden wird.

Ich glaube, dass dies vornehmlich die Gedanken sind, von denen heute unsere Genossen bewegt werden. Man erinnert sich an die Ratlosigkeit in Bezug auf die sozialisierungsprobleme, und fragt sich, ob wir nun besser vorbereitet sind, falls nach einem Zusammenbruch des Hitlerregimes eine ähnliche Situation wiederkehren sollte.

Die Antwort auf diese Frage ist in der Tat nicht sehr ermutigend. Von einer Gesamtkonzeption des sozialistischen Aufbaues ist noch nirgendwo die Rede, bestenfalls liegen in den „Plänen der Arbeit“, wie sie von der sozialistischen Bewegung in verschiedenen Ländern aufgestellt worden sind, einige bescheidenen Ansätze dazu vor. Diese Pläne, unter dem Druck der ökonomischen Krise entstanden, konnten und sollten auch gar nicht mehr bringen, als eine Mischung von Notstandsmassnahmen gegen die sozialen Folgen der kapitalistischen Krise und von Elementen des Aufbaues einer neuen Wirtschaftsordnung. Die Aufgabe, eine Gesamtkonzeption für den sozialistischen Aufbau zu finden, ist noch nicht gelöst worden.

Es handelt sich hierbei nicht um eine spezielle deutsche Aufgabe, sondern um eine solche des internationalen Sozialismus. Wenn auch jeder Sozialisierungsplan auf eine bestimmte Volkswirtschaft zugeschnitten werden muss, die Grundgedanken, die dabei anzuwenden sind, gelten für alle Länder, in denen das kapitalistische System abgelöst werden soll. Aber diese Grundgedanken sind in der sozialistischen Theorie noch keineswegs geklärt. Ein tiefgreifender Strukturwandel im kapitalistischen System ist unverkennbar, die alte Automatik durch ökonomische Gesetzmässigkeiten funktioniert nicht mehr und langsam hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sie auch nie wieder so wie früher funktionieren wird. Auch dort, wo liberalistische Staatsregime nur widerwillig an diese Aufgabe herangehen, muss die Automatik durch staatliche Lenkung ersetzt werden. Aber auch diese Entwicklung verläuft ganz anders, als sie von der sozialistischen Theorie vorausgesehen worden war, der Zwang zur „Planökonomie“ ist bereits in einem Stadium der kapitalistischen Entwicklung eingetreten, wo man das noch nicht erwartet hatte, und was noch verwirrender ist, es zeigen sich Formen „kapitalistischer Planökonomie“ und „totalitärer Staaten“, von denen sich die alte sozialistische Schulweisheit schon gar nichts träumen liess. Das ist keine Herabsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Begründer, die zu ihrer Zeit tiefer in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und weiter in die Zukunft hineingesehen haben, als wir es heute können, es liegt darin nur eine Mahnung an die lebende Generation, aus den anders gearteten Verhältnissen der Gegenwart die entsprechenden

sozialistischen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ich bin also ganz in Übereinstimmung mit Ihnen, wenn Sie auf die Notwendigkeit hinweisen, diese Lösungen jetzt schon zu erarbeiten“, nur will es mir scheinen, als ob es sich dabei gar nicht um die Aufgabe handelt, ein neues Programm aufzustellen, sondern sozialistische Arbeitspläne auszuarbeiten und sie zu einem Aktionsplan zusammenzufassen. Der Unterschied zwischen „Programm“ und „Plan“ ist derselbe wie zwischen Ziel und Mittel, oder wie zwischen Ideologie und angewandter Technik. Das eine ist für die sozialistische Bewegung so notwendig wie das andere, man muss wissen, was unter Sozialismus zu verstehen ist und wie er aussieht, man muss aber auch wissen, wie Sozialismus gemacht wird.

Wenn die beiden Begriffe so definiert werden, scheint es mir, als ob auch Sie viel mehr an einen Aktionsplan als an ein Programm denken. Oder vielleicht richtiger, an ein Programm, in dem neben der sozialistischen Zielsetzung auch die sozialistische Konstruktion dargestellt wird. Ich glaube aber, dass diese zweite Aufgabe dem Wesen eines Programms widerspricht, weil sie in diesem Rahmen nicht über das Aufstellen von Richtlinien hinauskäme, während es gerade darauf ankommt, nach einer möglichst konkreten und detaillierten Lösung zu suchen. Natürlich lässt sich auch in einem Programm zu Formulierungen wie „sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft“ oder „Sozialisierung der dazu reifen Produktionszweige“ — um nur diese beiden von Ihnen angeführten Beispiele herauszugreifen — noch etwas mehr sagen, aber man kann nicht gut den ganzen Aktionsplan, der aus zahllosen Einzelmassnahmen in geordneter Stufenfolge bestehen muss, mit hineinschreiben. Dabei handelt es sich ja auch keineswegs nur um eine Formulierungsfrage. Das Ausfindigmachen der Einzelmassnahmen, die Reihenfolge ihrer Durchführung und überhaupt die Zielsetzung, wenn sie konkret und detailliert gesehen werden soll — über alles das muss das ausreichende Wissen ja erst noch erarbeitet werden.

Man darf sich diese Aufgabe nicht zu einfach und zu leicht vorstellen. Sie ist ungeheuer gross und wahrscheinlich überhaupt nicht in einem Zuge durchzudenken. Praktisch durchgeführt werden kann sie nur in Etappen, und wenn man aus den

Irrungen und Wirungen der russischen Sozialisierungskampagne mit fehlgeschlagenen Experimenten eine Lehre ziehen will, wird man auch dadurch wohl zu der Erkenntnis kommen, dass es ratsam ist, den genaueren Weg für eine neue Etappe erst dann abzustecken, wenn sich das Gelände der vorhergehenden Wegstrecke als tragfähig erwiesen hat, was nicht ausschliesst, dass das Ziel des ganzen Marsches von vornherein festgelegt wird. Auf jeden Fall ist es viel wichtiger, ganz genau zu wissen, was im ersten Etappenabschnitt zu tun ist, als über den ganzen Feldzug nur ungefähre Vorstellungen zu besitzen.

Sieht man die Aufgabe so, wird man kaum erwarten, dass sie durch eine öffentliche „Programmdiskussion“ wesentlich gefördert werden könnte, es sei denn, dass dadurch die aktuellen Probleme selbst erst sichtbar gemacht würden. Eher ist aber anzunehmen, dass die Diskussion um die ökonomisch-sozialen Endziele und politische Verfassungsfragen kreisen würde, mit kräftigen Verwahrungen gegen „halbe Massnahmen“. Der Weg der Erkenntnis für die praktischen Sofortmassnahmen — die wohl über übel von dem ausgehen müssen, was gegenwärtig da ist, und mit einer nüchternen Einschätzung der politischen Machtverhältnisse, mit denen wir gegebenenfalls zu rechnen haben, könnte dabei mehr vernebelt als beleuchtet werden. Man mag die politische Konstellation nach einem Sturz des Hitlerregimes noch so günstig für uns einschätzen, die möglichen und notwendigen Sofortmassnahmen werden doch auf jeden Fall auf einen Übergangszustand gerichtet sein müssen, für den Bereich der Staatsverfassung ebenso wie für die Wirtschaft und die Regelung der sozialen Verhältnisse.

Leicht beieinander wohnen die Gedanken bei einer abstrakten Programmdiskussion, doch hart im Raume stossen sich die Sachen bei der Erörterung der praktischen Massnahmen, mit denen der Umbau der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingeleitet werden muss. Darum glaube ich nicht, dass es im Augenblick wichtig und nützlich ist, eine Programmdiskussion in dem Sinne zu führen, wie das allgemein verstanden wird. Umso wichtiger wäre es aber in der Tat, einen Aktionsplan auszuarbeiten, der zum mindesten für die erste Etappe genaue und detaillierte Vorschriften für das Gesamtprogramm einer Regierung enthalten müsste, die nach Hitler denkbar wäre.

Dominium maris baltici

Neue Schlagworte - neue Raubziele Hitler und die Völker zweiten Ranges

Während Hitler sich als Friedensfürst und als Befreier der Sudetendeutschen feiern lässt, ist im Hintergrund der Nazi-bühne ein ideologischer Dekorationswechsel in vollem Gang.

Es wird in nicht ferner Zeit der Tag kommen, an dem notgedrungen das offizielle Staatsideal des Nazismus — mit seiner angeblich rein „völkisch“-nationalen Zielsetzung — in derselben Versenkung verschwinden muss, in die seinerzeit das Federsehe Zinsbrechungsprogramm hinabgeschmuggelt wurde.

Bisher haben die braunen Machthaber immer wieder erklärt, dass sie „lediglich“ die deutschen Reichsgrenzen mit den deutschen „Volksgruppen“ in Einklang bringen wollen, darüber hinaus aber keine Eroberungsabsichten und Hegemoniegelüste hätten. „Ebenso wenig wie wir eine Fremdherrschaft über deutsche Menschen anerkennen wollen, ebenso wenig haben wir die Absicht, andere Völker zu unterjochen!“ — so etwa lautete der ewige Refrain aller Führerreden.

Der Weltführer

Wir wollen hier nicht untersuchen, wie gross oder wie gering der Glaube war — und ist — den diese Beteuerungen im deutschen Volke und in der Welt fanden. Fest steht jedenfalls, dass sich die bisherigen aussenpolitischen Raubaktionen des neuen Deutschland einigermassen in den Rahmen dieses „völkischen“ Staatsbildes einordnen liessen. Dem äusseren Anschein nach mutete ja Hitler seinen Untertanen nicht zu, sich für Eroberungs-Abenteuer zu begeistern, sondern es galt lediglich den — von Goebbels inszenierten — Hilferufen geknechteter Volksgenossen jenseits der Grenzen Folge zu leisten.

Mit der Eingliederung Oesterreichs und der Sudeten ist aber Hitler mit seinen Expansionsplänen nicht am Ende. Das Bisherige war nur der Anfang. Es wird schwer

— und auf die Dauer unmöglich — sein, kommenden Vorstössen die alte Phraseologie als Begleitmusik beizugeben. Die rein „nationale“ Sendung des „Führers“ wird darum nach und nach zur imperialen Weltmission offen umgedeutet werden. Der Volksführungsanspruch des braunen Diktators wird erweitert zum Anspruch auf die Herrschaft des deutschen „Herrenmenschen“ über gewisse „Völker zweiten Ranges“. Hitler hat bereits in einer seiner jüngsten Reden die Tschechen zur „Nation zweiten Ranges“ ernannt. Und Rosenberg schreibt in seinem „Mythus“ (Dritte Ausgabe): „Wildheit gepaart mit Feigheit ist bis heute ein Kennzeichen des Tschechentums gewesen... Die Tschechen müssen nach Osten abgedrängt werden, damit der Boden frei wird zur Beackerung durch germanische Bauernfüsse.“ Diese Sätze hat Rosenberg in späteren Auflagen woggestrichen. Jetzt wird man sie wohl wieder hervorholen.

„Vergewaltigte Räume“

Schon jetzt ist in einem Teil des braunen „Schrifttums“ auffallend viel von „vergewaltigten Räumen“ von „Raumbefreiung“ usw. die Rede. Da hören wir z. B., dass der Südostraum „erlöst“ und „aktiviert“ werden muss und dass es deutsche Aufgabe sei, den „asiatischen Druck“ vom europäischen Ostraum fernzuhalten. Immer mehr bedient sich der Nazismus dieser vom General Haushofer und seiner „Geopolitik“ gelieferten Raum-Phraseologie. Die Karriere der „Geopolitiki“ im Dritten Reich ist kein Zufallsprodukt. Sie hat ihren Wohlverdachten Sinn.

Dominium maris baltici

Mit Hochdruck wird in den Kreisen um Haushofer an der Fertigstellung des ideologischen Prunkmäntelchens für zukünftige Eroberungszüge gearbeitet. Ein interessantes Beispiel — eines von vielen! — liefert an:

die Flutwelle von Büchern, Broschüren und Zeitschrift-Beiträgen, die in jüngster Zeit über das Thema „Ostseeraum“ in Deutschland erschienen sind. Sie alle sind völlig auf eine These hin gleichgeschaltet, die sie in allen möglichen Tonarten variieren: die Ostsee ist ihrer Bestimmung nach ein germanisches Meer, ihre Küste habe der germanischen Frontstellung gegen „Asien“ zu dienen. Da die Skandinavier demokratisch-pazifistisch verweichlicht sind, muss die Beherrschung und „Verteidigung“ der Ostsee von den Deutschen in die Hand genommen werden. Die Aufgabe aller Ostseevölker sei es, sich zu einem neuen „Dominium maris baltici“ — einem Ostsee-Dominium — zusammenzuschliessen, das deutscher Führung unterstellt sein muss. Dass die Nordvölker diese „Lösung“ nicht schon selbst freiwillig als die ideale erkannt haben, wird ihnen als „politische Instinklosigkeit“ angekreidet.

„Schutzwall gegen Asien“

Der Haashofer-Schüler Wulf Siewert schreibt in der halb-offiziellen Publikation „Der Ostseeraum“, die 1938 in der Buchreihe „Macht und Erde“ herauskam:

„Heute bildet der Ostseeraum ein politisches Vakuum, ein gefährlicher Zustand für alle kleinen Anlieger. Sollten in Europa politische Entladungen erfolgen, so müssten sie zwangsläufig, der Linie des geringsten Widerstandes folgend, auf den Ostseeraum überspringen. Dann aber wird das scheinbare Gleichgewicht von heute sehr plötzlich gestört werden. Und wehe den Ostseevölkern, wenn in einem solchen Ringen die Massenwucht Asiens mit Hilfe der westlichen Verbündeten siegen sollte.“ (Seite 93).

Hier wird ganz glatt ausgesprochen, wie wenig Hitlerdeutschland im Kriegsfall die nordische Neutralität zu respektieren gedenkt. Dafür bietet es sich aber als Schützer gegen die „Massenwucht Asiens“

„Man sollte dort (in den Ostseestaaten) nicht vergessen, dass es letztlich Deutschland ist, das den stärksten Wall gegen die bolschewistische Gefahr bildet.“ (Seite 89.)

Der Norden — „deutscher Ergänzungsraum“

Siewert erklärt gerade heraus, dass das Ostseegebiet für das Dritte Reich noch eine grössere Rolle spielt als der Südostraum. Und zwar nicht nur als Ansprung-Basis gegen Russland, sondern vor allem auch aus Gründen der Rohstoff-Strategie:

„Das Dritte Reich legt einen besonderen Wert auf die Freihaltung der Ostsee für einen reibungslosen Handel mit den skandinavischen Ländern in Krieg und Frieden. Von dort bezieht das Reich wichtige Lebensmittel und Rohstoffe, insbesondere die hochwertigen und unentbehrlichen schwedischen Erze. Skandinavien ist ein wirtschaftlicher Ergänzungsraum für das Deutsche Reich, der vielleicht eine noch grössere Bedeutung erhält als der Donauraum. Es ist kein Zufall, dass die Feinde Deutschlands dieses sowohl aus dem Ostseeraum wie aus dem Donauraum abdrängen und ausschalten wollen. . . . Unter der nationalsozialistischen Regierung hat die Stärke der deutschen Kriegsmarine zugenommen. Sie muss zurzeit als eine der stärksten Marinen der Ostsee angesprochen werden und wird in absehbarer Zeit nach Fertigstellung der neuesten Schlachtschiffe die stärkste Flotte der Ostsee sein. Damit wird das Reich in die Lage versetzt, seine wichtigen Seewege in der Ostsee zu schützen. . . . Ebenso werden die Ostseemächte sich an den Gedanken gewöhnen müssen dass die deutsche Seemacht in der Ostsee lebenswichtige Interessen zu verteidigen hat.“ (Seite 78.)

Das ist eine Tonart, die sich erheblich von den blutsbrüderlichen Friedensbetuerungen unterscheidet, die alljährlich Herr Rosenberg auf der Tagung der nordischen Gesellschaft in Lübeck an Skandinavien zu adressieren pflegt.

Helten und Hündler

Während Rosenberg noch das arisch-germanische Heldenblut der Nordvölker preist, passen sich die geopolitischen Ideologie-Köche des neudeutschen Raubimperialismus schon mehr den praktischen Bedürfnissen von morgen an und reihen so allgemach die skandinavischen Urarier unter die „Nationen zweiten Ranges“ ein, — unter die Völker also, die zum Heil der Welt und zu ihrem eigenen Besten unter die deutsche Knute gehören. Zumindest stellt der bereits zitierte Siewert in seinem Buch fest, dass es falsch sei, die Skandinavier als germanische Heldenvölker zu kennzeichnen. Der nordische Heldentypus von einst sei zum ausgesprochenen Händlertypus degeneriert.

Die nichtgermanischen Finnen kommen bei Siewert weit besser weg, wohl weil grosse Teile der finnischen Bourgeoisie und vor allem auch der Armee dem Hitlerismus ergeben sind.

„Raumfremde Mächte“

Russland, Litauen und Polen werden dagegen von der Ostsee ganz einfach fortgewiesen. Sie haben dort nichts zu suchen — sagt Siewert — sie sind dort „raumfremd“. „Raumfremd“ — diese Vokabel dürfte im deutschen Gangster-Sprachschatz noch eine gewisse Zukunft vor sich haben . . .

Die ewige Klage

Nacheinander tönt in den deutschen Blättern der Schrei wider die Seuche der Kriegsbücher. Der „Magdeburger Generalanzeiger“ begrüsst es, dass gegen diese Flut endlich „berufene Stellen“ ihre Stimme erheben. Wozu gibts die Zensur? Was jedoch kann zur Dämmung der Massenproduktion *historischer Romane* geschehen? „Das Innere Reich“ klagt:

„Angesichts der Fülle der historischen Romane, die heute mehr denn je zur Mode geworden sind, und die es sich anseheinend zur Aufgabe gemacht haben, jede auch noch so kleine Sensation der Vergangenheit neu zu durchstöbern, kann man an Sinn und Wert dieser Gattung in unserm Schrifttum oft verzweifeln. Sie scheinen — betrachtet man die Mehrzahl dieser sogenannten historischen Romane — dazu bestimmt, die Herbheit echten Geschehens um billiger Phrasen willen zu verfälschen, oft unerträglich zu versüssen, die Gestalten vergangener Zeiten, die Grossen unserer Geschichte umzuprägen zu seichten Romanfiguren.“

Kein Wunder, wenn der Leser immer mehr zum realistischen, in Freiheit geschriebenen Auslandsbuch greift. Der „Völkische Beobachter“ schreibt:

„Bekanntlich hat sich in Deutschland seit geraumer Zeit der Brauch herausgebildet, ausländische Bücher in einer ungewöhnlichen Mengenzahl zu importieren. Dieser Brauch ist zwar nicht gerade unerwünscht, aber auch für unser eigenes Schrifttum, bzw. seinen Absatz nicht sonderlich erfreulich, zumal es sich bei vielen „Importen“ meist um einen aufdringlichen Individualismus westlicher Prägung handelt.“

Ja, so weit ist es mit der deutschen Leserschaft schon wieder gekommen, obwohl der

Siewerts Schrift über den Ostseeraum wird in den höheren Klassen der deutschen Gymnasien als Schulbuch verwandt. Sie ist von der Nazipartei dringlichst empfohlen worden und wird teilweise zwangsbekannt. Zahlreiche Bücher mit gleicher Tendenz sind letzthin erschienen und eine Unmenge

Maxim Gorki, der Alternde, weist zwei Gesichter auf: das des Dichters, der gestaltete, was er sah und wie er es sah, und das des kommunistischen Agitators, der das bolschewistische Regime und seine Leistungen verteidigt. Dem Dichter ist hoch anzurechnen, dass er seine Kunst nie mit den blechern Schellen feuilletonistischer Agitation behing und nie in jene willfährige Gebrauchsichtung verfiel, die um ihn herum Mode wurde und mehr oder weniger diskrete kommunistische Schwarzweissmalerei lieferte. Vom Agitator Gorki dagegen hörte man ab und zu, dass auch seine Schau nicht weiter reichte, als die Zinnen der Komintern gestatteten. Für den, der diesen Gorki in russischen Zeitschriften nicht verfolgen konnte, liegen nunmehr Belege in deutscher Uebersetzung vor, langatmig betitelt: „Wenn der Feind sich nicht ergibt, wird er vernichtet.“ (Editions Prométhée, Paris). In gesammelten Aufsätzen, die von 1927 bis 1935 reichen, preist er die Leistungen des Sowjetstaates. 500 Seiten lang liest man temperamentvolle polemische Laienpredigten über die Schlechtheiten des Kapitalismus, die Verfaultheit der internationalen Bourgeoisie, die Lächerlichkeit und Ueberlebensfähigkeit des Individualismus und die schwächliche Einseitigkeit westeuropäischer Humanisten. Der wirkliche, nämlich der „proletarische Humanismus“ dagegen, der lebt im neuen Russland,

Gorkis Aufsätze

Dokumente linksradikaler Verwirrung

Wer seine Vorkriegsbetrachtungen über Bürgertum und Kleinbürgertum in Erinnerung hat, der staunt über die primitiven, klischeehaften Auffassungen des alten Gorki. Nicht, dass er den kulturellen Aufschwung der russischen Arbeiter und Bauern gegen Zweifeln verteidigt, sondern dass er über krasse Mängel offenbar nicht sprechen darf oder will, dass für ihn in diesen Aufsätzen elementare Ideale wie Meinungsfreiheit, Freiheit sozialistischer Kritik, Recht und Gerechtigkeit kaum existieren — das nimmt diesen politischen Betrachtungen jene Kraft, die Gorkis revolutionärer Zorn einst hatte.

Diese Enge geht auf Kosten der Wahrheit und Wahrhaftigkeit. Er nennt sich einen Gegner des Terrors und es mag sein, dass er hinter den Kulissen manchmal gegen heroische Grausamkeit gewirkt hat, aber in diesen Aufsätzen sieht er nur den Terror der „kapitalistischen Banden.“ Der Internationale Verband der demokratischen Schriftsteller forderte ihn zur Mitarbeit im Organ des Verbandes auf. Er antwortete (1930) ablehnend mit einer Aufzählung zaristischer und kapitalistischer Sünden und fragt die „Herren Humanisten“, warum sie nicht gegen die Greuel kapitalistischer Staaten, gegen neue Kriegsrüstungen und die Bedrohung der Sowjetunion protestieren. Die Herren Humanisten haben u. a. ihre Stimme auch gegen bolschewistischen

Terror erhoben, darum dürfen sie von Solins Schriftstellern nicht ernst genommen werden. Zum Präsidium des Verbandes zählten Namen wie Romain Rolland, Upton Sinclair, Albert Einstein, Heinrich Mann, H. G. Wells. Der russische Dichter weiss, dass diese Vorkämpfer der Menschlichkeit mit ihm in seinem Protest gegen jeglichen „kapitalistischen Terrorismus“ nicht nur einig waren, sondern den Protest auch mehrfach ausgedrückt haben. Er weiss das, aber ignoriert es und wiederholt auf den Vorwurf gegen die „Herren Humanisten“ in mehreren Aufsätzen. Wiederholt es so geringschätzig, als ob es sich um Leute wie Sombart oder Spengler handelte. Dogma, Klischee, Senilität?

Wenn es so schon den ausserhalb der Drecklinie Stehenden grossen Geistigen geht, wie dann den Sozialdemokraten im Exil, die russischen, sind verräterische Schufte, die Führer der deutschen Sozialdemokratie ebenfalls, auch die „Genossen Ebert, Haase und überhaupt die Führer der zweiten Internationale. . .“ So schrie Gorki noch 1935, als klar zu sehen war, welchen Schutz die deutsche Demokratie für Sowjetrussland bedeutet hatte, als die Kommunisten dazu übergingen, den Märetat für kapitalistische Demokratien zu bewilligen und für den Schutz dieser Demokratien energisch Volksfrontpolitik zu machen. 1935, wie gesagt, als die Kommunisten bereit waren, sich zur Wiederherstellung der deutschen Demokratie mit der Welt zu verbinden und damit ihre frühere Politik der Verdammung preisgaben. Gorki wusste noch nichts vom kommunistischen Debacle, er sah nur das sozialdemokratische, er kam von der ältesten Schablone der Komintern nicht los.

Noch älter muten seine antibourgeois-kriegsklischees an. Wie ein roter Faden zieht sich durch das Buch die Anklage, die Weltbourgeoisie organisiert ein neues Gemetzel, auf neuen Schlachtfeldern will die west-europäische Bourgeoisie „ihren nationalen Streit entscheiden, welche internationalen Gruppen der anderen beföhlig soll. . .“ Fluch dieser Aufrüstung zum neuen Massenmorden. So simpel, so primitiv sieht Gorki Europas wirres, widerspruchsvolles Gesicht noch 1935. Hier im nationalen Bourgeoisie, die den Krieg zwischen hier das Proletariat, das den Frieden will. Eine entsetzliche Bierbankpolitik der Klassen-schablone; sie kennt nur eine unteilbare Bourgeoisie, ein unteilbares, einheitlich empfindendes Proletariat. Es gibt keine Friedensbourgeoisie, obwohl im Weltkriegsende das Wachsen pazifistischer Denkers in den bürgerlichen Parteien in den Händen zu greifen war! Und was hat gerade Russland darum gegeben, wenn

Passion

Wenn unsrer Zeit ein Heiland niederstiege,
nicht um der Menschheit Schuld auf sich zu nehmen,
nur um sich für die ganze Welt zu schämen,
damit dies menschliche Gefühl nicht gar versteige,

wenn sich der Welt ein solcher Heiland schenkte,
den Wortbruch und Verrat erröten machten,
der, während seine Brüder feige lachten,
still seitab ginge und die Stirne senkte,

der, während sie den gierigen Piraten
die schwachen Opfer in die Fäuste spielten
und sich mit heitrem Gleichmut abseits hielten,
für sie begriffe, wo sie hingeraten,

wenn unsrer Zeit ein solcher Heiland würde,
Erlöser längst vergessener Gebärden,
wo fünd er Kraft der Schande Herr zu werden?
Wie trüge er die allzu schwere Bürde?

Er müsste sich am ersten Tag ergeben,
vor Ekel krank und bis aufs Blut geschunden.
Er schrie selbst nach seines Kreuzes Wunden
und bätte Gott nicht um ein zweites Leben.

Buchhändler die Auslandsbücher vom Schaufenster möglichst fernhalten muss.

Die neue Theatersaison hat bis heute noch nicht eine Uraufführung von einiger Bedeutung gebracht. Zum Berliner Start schreibt der „Magdeburger Generalanzeiger“ vom 2. Oktober:

„Der Monat September sah die Berliner Theater mit vollen Segeln in die neue Spielzeit auslaufen. Ein kurzer Blick auf die Spielplangestaltung lässt erkennen, dass die ersten Wochen zunächst dem ausländischen Schauspiel einen breiten Platz einräumen. Man mag daraus ersehen, wie es in Wahrheit mit der Behauptung vieler ausländischer Zeitungen bestellt ist, die dem Theater des Dritten Reiches jegliche Pflege der ausserdeutschen Dramatik abzusprechen belieben. Wenn man bei den etwa 15 Premieren eines Monats sieben oder acht ausserdeutsche Autoren zählen kann, so scheint für unser Empfinden dies schon etwas des Guten zu viel zu sein.“

Die Theaterdirektoren antworten nach wie vor: „Schafft uns bessere deutsche Stücke. . .“ So stehts mit allen Gattungen, auch mit dem leichtgeschürzten Singspiel. Das gleiche Magdeburger Blatt schrieb zu einer neu aufgewärmten Operette:

„Warte, warte nur ein Weilchen“, heisst es hier, und man kann hinzufügen: auf die gute Operette aus unserer Zeit. Inzwischen tröstet man sich mit alten Stücken in neuer Aufmachung und gibt sich Mühe, Humor zu zaubern.“

Humor zu zaubern. . . Nur die Zauberer fehlen immer noch.

Veraltetes auf der ganzen Linie, trotz aller Preisausschreiben. Die Verleihung

des schlesischen Kunstpreises soll künftig „nach neuen Grundsätzen“ erfolgen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben:

„Schon bei den letzten Kunstausstellungen in Breslau ist darauf hingewiesen worden, dass es den Künstlern vielfach an Mut zur Darstellung von Themen, die uns heute unmittelbar angehen, fehlt. Trotz erfreulicher Ansätze war doch in grösserem Mass die Widerspiegelung des Erlebens unserer Gegenwart mit all seinen reichen Möglichkeiten und der drängenden Fälle der Geschehnisse zu vermissen.“

Die Künstler dagegen erklären, es fehle nicht an Mut, sondern an Freiheit. Zur Eröffnung der „Grossen Westfälischen Kunstausstellung“ in Dortmund berichtet die dortige „Nationalzeitung“ (Nr. 287):

„Es ist für die Einschätzung des heutigen gestalterischen Kurses von grosser Bedeutung, zwischen München und Dortmund Parallelen der inneren Schaffenshaltung beobachten zu können, die sich vorwiegend in einer Neigung zu photographischer Naturtreue auf dem Gebiet der Malerei ausdrücken. Wieder bekundet sich nur in einigen wenigen Arbeiten der Drang zu eigener Gestaltungsweise. Die Spiegelung der Natur, so wie sie sich darstellt, herrscht vor.“

Das heisst, nirgends eine eigene Meinung, nirgends eine eigene Auffassung, auch in der Malerei nicht. Die neue Saison beginnt, wie die alte schloss. B. Br.

Kritik ins Blaue

Rosenbergs Zensurorgan „Die Bücherkunde“ veröffentlicht im Oktoberheft den Brief eines Dichters, der einen ihm zuge-

Grenzen der grossdeutschen Reichskontrolle und greift unverhüllt nach neuen Zielen, die auf dem Weg zur Hitler-Weltmacht liegen.

Werden seine aussenpolitischen Gegenspieler ihm weiterhin schwächlich die Strasse freigegeben? . . .

lin Schriftstellern nicht ernst genommen werden. Zum Präsidium des Verbandes zählten Namen wie Romain Rolland, Upton Sinclair, Albert Einstein, Heinrich Mann, H. G. Wells. Der russische Dichter weiss, dass diese Vorkämpfer der Menschlichkeit mit ihm in seinem Protest gegen jeglichen „kapitalistischen Terrorismus“ nicht nur einig waren, sondern den Protest auch mehrfach ausgedrückt haben. Er weiss das, aber ignoriert es und wiederholt auf den Vorwurf gegen die „Herren Humanisten“ in mehreren Aufsätzen. Wiederholt es so geringschätzig, als ob es sich um Leute wie Sombart oder Spengler handelte. Dogma, Klischee, Senilität?

Wenn es so schon den ausserhalb der Drecklinie Stehenden grossen Geistigen geht, wie dann den Sozialdemokraten im Exil, die russischen, sind verräterische Schufte, die Führer der deutschen Sozialdemokratie ebenfalls, auch die „Genossen Ebert, Haase und überhaupt die Führer der zweiten Internationale. . .“ So schrie Gorki noch 1935, als klar zu sehen war, welchen Schutz die deutsche Demokratie für Sowjetrussland bedeutet hatte, als die Kommunisten dazu übergingen, den Märetat für kapitalistische Demokratien zu bewilligen und für den Schutz dieser Demokratien energisch Volksfrontpolitik zu machen. 1935, wie gesagt, als die Kommunisten bereit waren, sich zur Wiederherstellung der deutschen Demokratie mit der Welt zu verbinden und damit ihre frühere Politik der Verdammung preisgaben. Gorki wusste noch nichts vom kommunistischen Debacle, er sah nur das sozialdemokratische, er kam von der ältesten Schablone der Komintern nicht los.

Noch älter muten seine antibourgeois-kriegsklischees an. Wie ein roter Faden zieht sich durch das Buch die Anklage, die Weltbourgeoisie organisiert ein neues Gemetzel, auf neuen Schlachtfeldern will die west-europäische Bourgeoisie „ihren nationalen Streit entscheiden, welche internationalen Gruppen der anderen beföhlig soll. . .“ Fluch dieser Aufrüstung zum neuen Massenmorden. So simpel, so primitiv sieht Gorki Europas wirres, widerspruchsvolles Gesicht noch 1935. Hier im nationalen Bourgeoisie, die den Krieg zwischen hier das Proletariat, das den Frieden will. Eine entsetzliche Bierbankpolitik der Klassen-schablone; sie kennt nur eine unteilbare Bourgeoisie, ein unteilbares, einheitlich empfindendes Proletariat. Es gibt keine Friedensbourgeoisie, obwohl im Weltkriegsende das Wachsen pazifistischer Denkers in den bürgerlichen Parteien in den Händen zu greifen war! Und was hat gerade Russland darum gegeben, wenn

achten Preis ablehnt, weil sich in den letzten Jahren

„die Einrichtung von Dichtungspreisen sehr gehäuft hat, dass ihr Wert trotz des Willens ihrer Veranstalter stark beeinträchtigt worden ist. Nicht wenige Bücher sind mit einem Preis bedacht worden, die es kaum wert waren, über den Durchschnitt erhoben zu werden.“

Im „Westdeutschen Beobachter“ dominiert Heinz Stegweit wider die „Autarkischen Poeten“, die deutschbewusste Dichten in einen kessen Trick handhaben. Der Lyriker Gerhard Schumann beschwert sich über gewisse hundertfünfzigprozentige „Kunstwörter des Nationalsozialismus“, die in allen Zirkeln angehört, sowie über die krittelnden „ästhetisch überhauchten Dichtlinge“, denen die richtige SA-Zucht fehlte. Baldur von Schirach sprach vor einer Zeit den Bannfluch wider die „Kunstschmiede, in der es von Fahren- und Trommelwirbel nur so dröhne. . .“ Vesper speit in seiner Zeitschrift Gift gegen verstädterte Blubodicherei und sonstige Dilettantismen. Andere Zeitschriften klagen über die Flut von Romanbüchern, die „das grosse Erleben“ vermissen, über die Pest der historischen Romanerhaltung verkleinern.

Allen diesen Kritikern ist eines gemein: Keiner nennt Namen, keiner warnt in Beispielen auf, die nachzuprüfen können. Keiner zeigt an Konkretem, was er meint. Und so auf den Gebieten der Kunst, Theaters, der Musik. Es ist ein Kritiker ins Blaue hinein, ein Schelten, von dem niemand etwas hat, denn keiner weiss, gemeint ist.

Diese anonyme Schimpferei mit Namen

westlichen Bourgeoisien schon im Fall Absinnien, Spanien, Oesterreich entschlossen gewesen wären, den faschistischen Brandstiftern bewaffnet entgegenzutreten. Diese Aufsätze sind traurige Zeugnisse der Einengung des Denkens durch den Konformismus, der bei Gorki soweit geht, dass sich in den letzten Jahren auch die programmatische, stichwortartige Verherrlichung des Namens Stalin einstellt. Diese Aufsätze sind nicht nur ungenießbare Trivialitäten-Sammlungen, sondern noch

schlimmer ist, dass sie an der Zeit, an Europa, an der Wahrheit vorbei schiessen. So falsch also wurde das Sowjetvolk noch 1935 informiert, als Sowjetrussland bereits auf die Hilfe der verbündeten Demokratien, auf wehrbereiten Humanismus des Westens hoffte und die Friedensseligkeit Frankreichs und Englands erwünschte. So primitiv sah der Dichter des „Nachtsyts“ und der „Mutter“ die internationale Entwicklung — ein Opfer der Linientreue und leerer Dogmen. Aber ein kommunistisch orientierter Ver-

trag bringt diese veralteten, selbst für kommunistische Auffassung unwarh gewordenen Laienpredigten heraus, und dies war wohl nur mit sowjetrussischer Zustimmung möglich. Eine Einleitung fehlt, denn sie hätte ja, hier im Westen, immerhin einige Farbe bekennen müssen. Ein Dokument der Verwirrung, unter grossem Namen segelnd, geht hinaus, um unhaltbar Gewordenes verewigen zu helfen — ein neuer Beleg für die Tragödie der Arbeiterbewegung.
Bruno Brandy.

Sonderangebot der Woche

- Aus unserem modernen Antiquariat
- GEORGE GROSZ**
UEBER ALLES DIE LIEBE
60 Zeichnungen, ffrs. 20.—
- HEINRICH HEINE**
DAS BUCH DER LIEDER
Die schöne Geschenkausgabe aus dem Tempel-Verl., in Lein. geb. ffrs. 30.—
- TARASSOW-RODIONOW**
FEBRUAR
Der berühmte Roman, 632 Seiten, Leinenband, ffrs. 30.—
- TARASSOW-RODIONOW**
JULI
748 Seiten, Leinenband, ffrs. 30.—
- KURT TUCHOLSKY**
SCHLOSS GRIPSHOLM
Eine Sommergeschichte, Geschenkausgabe, Leinenb. ffrs. 36.—
- ARNOLD ZWEIG**
NOVELLEN UM CLAUDIA
Roman, 296 S., Leinenband ffrs. 40.—
- FLUESTERWITZE**
aus dem Dritten Reich
Gesammelt von Ernst Heiter ffrs. 3.—
Wir versenden bei Voreinzahlung spesen- und portofrei.

Nach München

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Zerstückelung der Tschechoslovakei

Dem Britischen Reich kommt der Friede von München recht teuer zu stehen. Nach dem englischen Kreditangebot musste Frankreich sich im Juli dazu verstehen, dem Atatürk einen entscheidenden Einfluss auf den Sandschak Alexandrette zuzugestehen, also sich mit ihm in die Oberhoheit über Syrien zu teilen. Man hatte aber mit diesem Werben um ihre Freundschaft den Türken erst recht vor Augen geführt, wie entscheidend für den kommenden Kampf um die Neuverteilung der Welt es ist, die Türkei, den Brückenkopf zwischen Europa und Asien, auf seiner Seite zu haben. Sie liess sich weiter unwerben. Kaum war das Abkommen mit Paris geschlossen, als der Wirtschaftsminister des Dritten Reiches, Dr. Funk, in Berlin eine türkische Mission begrüssen konnte, an deren Spitze der Generalsekretär des türkischen Aussenministeriums stand. Das Ergebnis war der Abschluss des deutsch-türkischen Handelsvertrages vom 15. August. Die vorläufig letzte Phase in diesem Wirtschaftskrieg um die Türkei ist das deutsch-türkische Kreditabkommen, das Funk von seiner Südostreise nach Hause gebracht hat. Dass es sich um ein politisches Bündnis handelt, das in die Form eines Wirtschaftsabkommens gekleidet ist, wird im „Economist“ vom 15. Oktober festgestellt und dort folgender Kommentar dazu geliefert:

haben, mit der Preisgabe der Tschechoslovakei die Türkei gewinnen zu können, merken zu ihrer Ueberraschung, dass sie mit der Tschechoslovakei zugleich die Türkei abgetreten haben.

Der „Prager Presse“ wurde am 8. Oktober aus London gemeldet:

„Die Eigentümer der englischen Kohlengruben in Wales, die ihre Kohlen zum grossen Teil ins Ausland ausführen, befürchten nunmehr die subventionierte Konkurrenz der deutschen und polnischen Kohlenindustrie, die nun nach Erwerb der tschechoslovakischen Kohlengruben sehr gekräftigt wurden. Die Föderation der englischen Bergarbeiter ist aus diesem Grunde ebenfalls beunruhigt und fordert von der englischen Regierung, sie möge dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit schenken, gegebenenfalls durch Subventionen der deutschen und polnischen Konkurrenz begegnen. Eine gemeinsame Abordnung der Bergleute und der Bergwerksbesitzer Englands hat in diesem Sinne beim Bergwerksminister Crooksbank vorgeschrieben.“

Die Furcht vor der polnischen Kohlenkonkurrenz ist sehr begründet. Im Teschener Gebiet liegen die Kohlenflöze des Ostrau-Karwinergebiets. Das grösste Bergwerksunternehmen dieses Gebiets ist die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft mit dem Sitz in Brünn, deren Aktienmehrheit Schneider-Creusot gehört. Im Gesamtgebiet wurden von 16 Gruben 1937 7,5 Millionen Tonne Steinkohle gefördert. Die gesamte polnische Steinkohlenförderung hatte 1937 rund 36 Millionen Tonnen betragen. Die polnische Kohlenförderung hat also durch die Angliederung des Teschener Gebiets einen Zuwachs von 20 Prozent erfahren. Polen leidet ohnehin unter einem grossen Ueberschuss von Steinkohle. Im Inlande werden etwa 22 Millionen Tonnen verbraucht, 11,3 Millionen Tonnen werden ausgeführt. Das neupolnische Gebiet wird einen nur sehr geringen Teil seiner Förderung selbst verbrauchen können. Wenn man die zusätzlichen Ueberschussmengen nicht im Ausland absetzen kann, wird nach Meinung der „Deutschen Bergwerkszeitung“ (8. Oktober 1938) eine „entsprechende Einschränkung der Förderung“ vorgenommen werden müssen, aber nicht im Teschener, sondern im altpolnischen Gebiet. Denn die Teschener Kohle ist weit besser

als die in polnischen Gruben geförderte zur Verkokung geeignet und wird voraussichtlich in Zukunft in verstärktem Masse von den polnischen Eisenhütten verwendet werden. Man wird also entweder Teschener oder polnische Gruben stilllegen, wenn man es nicht vorzieht, noch mehr als bisher polnische Kohle auf dem Weltmarkt zu verschleudern.

Diese unangenehmen Nebenwirkungen, die die Aufteilung der Tschechoslovakei auch für England im Gefolge haben kann, haben wohl die Herren nicht bedacht, die in Godesberg und München über das Schicksal von Millionen zu entscheiden hatten

Revanche für München?

Der „Völkische Beobachter“ stellt in seiner Nummer 287 vom 14. Oktober 1938 fest, in der französischen Bevölkerung sei nach dem Verrauchen der Kriegsfurcht

„an die Stelle des ersten Gefühls der Befreiung, der Dankbarkeit und der Freude ein Gefühl der Demütigung und des Besiegtheits getreten.“

Vor allem entspringe diese Niedergeschlagenheit dem Bewusstsein,

„den Bundesgenossen geopfert zu haben, dem man bis zum letzten Augenblick zugesagt, dass man ihn verteidigen werde und der sich darauf verlassen hatte.“
Deutschland ist also über diese Behandlung der Tschechoslovakei, zu deren Beschützer es sich neuerdings aufgeworfen

Wo esse ich wie zu Hause?

RESTAURANT Austro-Hongrois

17, rue Poissonnière, 17
MÉTRO : BONNE-NOUVELLE

Bes.: Turl Weiss-Leop. Hirsch

1 Mal Gast - Stammgast

„Eine Schule englischer Publizisten, die laut die Auslieferung der Tschechoslovakei an Deutschland empfohlen haben, glaubten damit „Realpolitik“ zu treiben und suchten ihre Politik mit dem Argument zu rechtfertigen, dass mit Rücksicht auf die Flottenstrategie nicht die Tschechoslovakei, sondern die Türkei der richtige Pufferstaat für das Britische Reich sei, um Deutschlands „Drang nach Osten“ Widerstand zu leisten. Diesem Argument liegt die reichlich naive Annahme zugrunde, das ein englisch-türkisches Flotten- und Heeresbündnis für uns überhaupt in Frage kommen sei. Zweifellos haben die Türken gute politische Gründe, sich an das Britische Reich anzulehnen und Deutschland schief anzusehen. (Sie misstrauen Deutschlands Absichten sogar, als sie im Weltkrieg seine Verbündeten waren). Nachdem sie aber erleben mussten, welches Schicksal wir der Tschechoslovakei bereitet haben, können wir kaum erwarten, dass die Türken uns ihr Land wie eine Katzenpfote hinhalten, damit wir darüber verfügen.“

Die englischen Realpolitiker, die geglaubt

zeichnung entspricht der ganzen Meckermalität und Heuchelei des Dritten Reiches. Literaten und Künstler sollen eine Kameradschaft vortauschen, die es in Wirklichkeit nur innerhalb gleichgerichteter Gruppen gibt. Würden die Schirach, Stegweil, Vesper usw. Namen nennen, Bücher angeben, so würde dem deutschen Schrifttum zwar ab und zu ein Dienst erwiesen, aber gleichzeitig würden die Kämpfe der Gruppen gegeneinander entfesselt. Das ergäbe schwere Blossstellungen der braunen Kunstphraseologie und Auseinandersetzungen, die mit jener Denunziationswut, wie sie unter Diktaturen gedeiht, geführt würden. Dem will das Goebbels'sche Verbot der Kunstkritik vorbeugen. Die Schimpferei ins Blaue ist das widerliche Ergebnis des Maulkorbs. Er führt zur Heimstücker, zur Charakterverderbnis auf allen Gebieten.

In den vierzehn Jahren der Schmach galt die Kritik ins Blaue als leere Rederei, ganz gleich, ob und mit welchem Namen sie gezeichnet wurde; sie galt als unfair und feig, weil sie alles und nichts treffen kann, keine Nachprüfung und keine Verteidigung möglich macht. So die Moral der jüdisch-beralistischen Entartungszeit. Heute sind es die Koryphäen der Reichsschrifttumskammer, die ihre literarische Buschklepperei als erneuerte, deutschbewusste Kunstbetrachtung firmieren. Wollten sie Namen nennen, so würden sie unter anderen Gross- und damit das ganze korrupte System treffen.

„Ich kenne Beispiele“, heisst es in obigem Dichterbrief, „da Dichter seit den letzten Verkündigungen eines periodischen Dichtungspreises bedauern, ihn ein oder zwei Jahre zuvor angenommen zu haben.“

Weil nämlich die späteren Preise entsetzlichen Nullen zuteil wurden. Auch der „Völkische Beobachter“ druckt den Brief nach; weiss er nicht, wie sehr er dem braunen Getriebe damit ins Gesicht schlägt, oder wird der Leerlauf allmählich selbst dem Mitschuldigen Rosenberg zu unbehaglich? Und keiner der ins Leere scheltenden Kritiker, keiner der Namhaften wagt zu sagen: „Wir brauchen die Freiheit der Kritik.“

Alle fürchten die Konsequenzen, alle wissen sie, dass der ganze Sack platzt, wenn auch nur ein Näthchen aufgetrennt wird.
B. Br.

Geschichtsschreibung

Der „Völkische Beobachter“ bespricht den soeben erschienenen fünften Band der neu bearbeiteten Auflage von Meyers Lexikon. „Das Meyer-Lexikon, das sowohl der geistigen Weiterbildung als auch dem praktischen Leben dienen will, verbindet mit diesen Hauptmarchlinien die politische Ausrichtung.“ Die wird mit dem geistigen Gummiknüppel besorgt. Das älteste Aufkommen des Hakenkreuzes z. B. wird nach dem Norden verlegt — „es handelt sich dabei um die Felsritzzeichnung von Tunge“ — während die Bearbeiter wissen, dass sich ebenso alte Spuren des Nazizeichens in Süd- und Mittelasien finden. Warum aber soll man sich bei Fälschungen des Prähistorischen aufhalten, wenn die jüngste Vergangenheit mit den dümmsten Agitationslügen serviert wird. Das braune Hauptorgan berichtet:

„In zahlreichen Hinweisen wird die politische sowie kulturpolitische Macht-

stellung des Judentums in der liberalistischen Zeit und das Wirken im antivölkischen Sinne festgehalten. Wir wollen nur zwei der im vorliegenden Band enthaltenen „würdigsten“ Vertreter dieser Gebiete herausgreifen. Da ist der jüdische Marxist Hilferding, der es als Reichsfinanzminister 1923 verschuldete, dass die Mark ins Bodenlose sank und der sich so sehr für die Annahme des Dawes- und Young-Planes einsetzte.“

So wird Inflationgeschichte geschrieben. Die Meyerschen Bearbeiter wissen so gut wie der „Völkische Beobachter“, dass Hilferding bereits die Inflation übernahm und die Stabilisierung der Mark durchzusetzen suchte. Und für den Youngplan setzte sich vor allem der spätere Wirtschaftsdiktator der Nazis ein: Dr. Hjalmar Schacht. Er brachte sogar einen begeisterten Trinkspruch auf Mister Young aus.

Das Bibliographische Institut in Leipzig war einst eine wissenschaftliche Einrichtung — es ist heute zur braunen Lügenfabrik herabgesunken.

Blick in den Abgrund

Die jugoslawischen Behörden haben an der österreichischen Grenze umfangreiche Schmuggeleien aufgedeckt.

In Tonnen, die im Güterverkehr über die Grenze gingen, befanden sich nicht die in den Begleitpapieren angeführten Waren, sondern — was?

Kokain? Devisen? Tabak?

Nichts von alledem. Sondern: Jüdinnen. Lebende, arme, zu Tode gebetzte Frauen und Mädchen, die auf diesem qualvollen Weg der Wiener Hölle zu entfliehen hofften.

Belustigt und roh witzelnd notiert die Nazipresse diesen Vorfall, der jedes nicht völlig erstorbene Herz mit dem ganzen Jammer einer vom Faschismus verwüsteten Zeit rühren und überwältigen muss.

In den „Mitteilungen zur Geschichte der Medizin, der Naturwissenschaften und der Technik“ (1938, Band 37) veröffentlicht ein deutscher „Gelehrter“, ein Herr Hans Gossen aus Berlin, eine Abhandlung, in der er die Ursachen des Niedergangs der antiken Wissenschaft zu untersuchen vorgibt.

Die Schuld an diesem Niedergang hatte — nach jenem Gossen — der Einfluss des Sokrates und seiner von Plato weitergebildeten Lehren. Warum? Weil für den Herrn Gossen kein Zweifel länger daran bestehen kann, dass Sokrates — ein Jude war. Seine ganze Weltanschauung sei typisch jüdisch-dekadent. Auch aus dem Bild, das Aristophanes in seinen Komödien von Sokrates entwirft, gehe klar hervor, dass der Aufwiegler Sokrates in die Gemeinschaft der Weisen von Zion gehöre.

Kurzum: der Jude Sokrates hat die ganze Antike verseucht und rassisch geschändet, und wenn das nicht geschehen wär, — dann lebte sie noch heute.

Friedenstropfen. Der 1938er Pfälzer Wein hat den Namen „Friedenstropfen“ erhalten. Noch ehe er gut gelagert sein wird, dürften bereits einige deutsche „Friedenstropfen“ in den europäischen Freudenbecher gefallen sein.

der Vater den Ragnar durch alle Instanzen. Er hatte aber kein Glück:

„Die Beschwerde des Vaters hat das Landgericht zurückgewiesen. Es hat ausgeführt, dass die Ablehnung schon deshalb begründet sei, weil der Vorname Ragnar nicht erkennen lasse, ob es sich um einen männlichen oder weiblichen Vornamen handele. Hiergegen richtet sich die weitere Beschwerde des Vaters, die zulässig, jedoch nicht begründet ist.“

Das Kammergericht führt nun aus, dass das Namensgebungsrecht des Vaters wie jedes Familienrecht in Hitlerdeutschland zugunsten des Rechtes des Staates eingeschränkt sei.

„Als oberste Richtlinie gilt demnach für ein deutsches Kind, dass es auch einen deutschen Vornamen erhält. . . Der von dem Vater gewählte Vorname Ragnar ist kein in Deutschland gebräuchlicher oder eingebürgerter, sondern ein dem deutschen Sprachempfinden fremder Vorname. Er ist altnordischen Ursprungs und zum Beispiel in dem Wort der nordischen Sage „Ragnarök“ enthalten, das fälschlich in Götterdämmerung verdeutsch wurde, während es in Wirklichkeit Schicksal (rök) der Herrschenden (ragna) bedeutet.“

Nichts half es dem Vater, dass er versicherte, er habe seine ganze Jugend in Finnland und Schweden zugebracht, nichts, dass er zuletzt sogar behauptete, sein Spielkamerad Ragnar H. sei von den Bolschewiken ermordet worden; an diesen Ragnar solle der Name des Sohnes erinnern. Das Gericht liess sich nicht erweichen, aber es schlug einen schönen deutschen Namen vor, Reiner. Hierzu sagt es:

„Da diese Namensform zur Verfügung steht, geht es — mangels einer vorhandenen Sippentradition oder eines örtlichen Brauchtums — grundsätzlich nicht an, auf die längst verschwundene, im Volke unbekanntere Urform . . . zurückzugreifen. Das wäre dasselbe, wie wenn ein Vater seinen Sohn statt Werner: Wernicho, statt Konrad: Kunulo, oder statt Adolf: Atili nennen wollte.“

Das Kammergericht hat uns da auf etwas gebracht.

Braune Führer spelsen

Ein neues grosses Hotel am Chiemsee sucht durch Inserat „politisch einwandfreie“ Oberkellner, „da im Hause höchste Dienststellen der Partei verkehren“. Verschiedene nationalsozialistische Blätter regen sich über diese Offenheit auf und behaupten, alle Volksgenossen könnten verlangen, von politisch einwandfreien Kellnern bedient zu werden, nicht nur die „höchsten Stellen“. Schon recht. Aber es gibt einen Unterschied. Die zuverlässigen Kellner für alle Volksgenossen müssen ihre Gäste genau beobachten. Sonst geht es ihnen schlecht. Die zuverlässigen Kellner für die höchsten Stellen dürfen ihre Gäste überhaupt nicht beobachten. Sonst geht es ihnen noch schlechter.

Der ist richtig

„Wo ist Stachel?“ Grollend dröhnte es über den regennassen Kasernenhof. Recht misstrauisch blickten wir SS-Männer, die hier zur Ausbildung durch die Polizei angetreten waren, auf den Mann, der da seinen schweren Körper lärmend über den Platz wälzte und dabei mit dem Organ eines rürenden Hirsches nach einem imaginären „Stachel“ schrie.

„Das ist unser Spless“, raunte uns einer der Polizeikameraden zu, die eifrig unsere Personalien auf langen Listen vermerkten. Doch da stand er schon vor uns in seiner ganzen wuchtigen Gestalt, und noch einmal rollte es wie Donner über uns hinweg:

„Wo ist Stachel?!“ Und dann etwas versöhnlicher: „Ich seh . . . ihn an wie einen nassen Sack!“

Doch da sahen wir das fröhliche Funkeln in seinen Augen, das aller Poltereie Lügen straffe, und befriedigt grinsend stellten wir fest: „Der ist richtig.“

„Schwarzes Korps“, 20. 10. 38 Nr. 42.

Der Naturschwärmer

„Der von Funk gewählte Zeitpunkt der offiziellen Besprechungen in Belgrad am 30. September bot besonders spitzfindigen ausländischen Berichterstattern Grund genug zu einer aufgeregten verwunderten Feststellung: Die deutsche Organisation, das Zusammenspiel „kriegerischer“ und „friedlicher“ Aktivität sei einmalig . . . Reichsminister Funk hat keineswegs wie ein Panther an der Grenze gelauert, bis die politische Entspannung der Münchener Verhandlungen eintrat, um zum Sprung in den Balkan anzusetzen. Funk hat vielmehr die kurzen Tage vor dem Beginn seiner amtlichen Verhandlungen ausgenutzt, um an der herrlichen dalmatinischen Küste Land und Volk kennenzulernen, wie jeder deutsche Volksgenosse, erfüllt von den grossen Ereignissen der grossen Tage in ständiger enger Verbindung mit Berlin.“

„Nationalzeitung“, Essen 19. 10. 38.

wir empfehlen:

Alles Alte wird neu!

ACHTUNG! Keine getragene Anzüge wegwerfen!

DER GUTBEKANNTE SCHNEIDER GOTHARD

23, Rue Clauzel - PARIS (9^e)
Tél.: TRU 03-37

sendert, wendet und repariert jedes Kleidungsstück von alt auf neu zu billigsten Preisen. — Auf Wunsch erfolgt Abholung

Reinigen, färben, bügeln

prompt und billig. Hüte reinigen und bügeln 9 Frs

20, r. Saulnier, Paris-9^e Pro 60-87

SCHREIBMASCHINEN-ARBEITEN

Vervielfältigungen Uebersetzungen

PETERSEN

41, rue Le Marois, PARIS (16^e)
TELEPHONE: AUTEUIL 82-74

Vereidigte Übersetzerin

bei den Pariser Gerichten, von Dokum. für: Finess, Ehescheidungen, Naturalisation usw. Schnellstens

H. MICHEL, 2, r. Guat.-Zodé (16^e) Jan 43-53

REICHLER, 16, rue Bichat, Paris-10^e BOT. 96-89

ZAHLT HOECHSTE PREISE für getrag. Herrengarderobe

KAUFE BRIEFMARKEN

(Sammlungen, Lots Korrespondenzen).

F. AUERBACH, 27, rue Paul Lelong, Paris (2^e)

DOLMETSCHER-DIENSTE

Uebersetzungen, Schreibmaschinenarbeiten. Alle Handelskorrespondenz deutsch, franz., engl., poln. in u. ausser dem Hause, Eigenmaschine, fertig prompt u. billig an: Oskar, 1, rue Jacquart, Paris (XI^e).
Tél.: ROQ 61-73.

Ärzte

D' MISES Spezialarzt

für Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe

19, av. de la Porte-Brunet, PARIS (19^e)

Telephon: BOT 28-08

Sprechst. : 1-4 u. 6-9 sowie auf Verabredung
Man spricht deutsch!

Dr. Philippe CZACZKES

Ehemaliger Sanatoriums-Chefarzt

5, av. d'Eylau, PARIS-16^e

TELEPHONE: PASSY 47-57

empfangt täglich von 2-4 Uhr

Innere u. Frauenkrankheiten, prakt. Arzt
Man spricht deutsch!

STENOTYPISTIN Vertretung, Diktat stundenweise.

GRAVE, 96, Cours de Vincennes

Paris (12^e) — DID. 97-93.

RADIO-SPECIALIST

T.S.F. Neuanschaffg., Elektroarbeiten, sämtliche Reparaturen, Umbau für heisse Stromart

STAUBSAUGER-MOTORE

KLEIN, 88, rue Fbg. Poissonnière - Paris (10^e)

Telephon: TRU 62-45

Tailleur für Herren und Damen

Gold. Medaille L. Zuschneiden d. Pariser u. Intern. Akad.

VISCANTAN - 3, Place Violet -

Grosse Auswahl von Saison-Stoffen
Von Künstlern und Filmschauspielern bevorzugt

Lehrer für Zuschneiden
Tél.: VAU 45-20
Métro: Commerce

Modistenschule u. Salon

zur vollk. Erlernung des Berufes

Kursbeginn am 25. Oktober

Ausk. täglich v. 2 — 4 Uhr.

Madame MARION

14, rue Pigalle, 4 Et. Tél. : TRI 32-91

Verkäufe

Nähmaschinen

ELEKTR. MOTOREN, ELEKTR. SCHEREN UND SCHNEIDEMASCHINEN, ALLE ZUBEHÖRE U. TEILE, REPARATUREN PROMPT UND BILLIG.

«ETWA», 66, Bd. de Belleville - PARIS (20^e)

Telephon: GODE 13-97 Métro: Couronnes

MARTIN Gosman

Drucksachen
Bürobedarf

Schreibmaschinen

35, RUE DE DANTZIG, PARIS-XV

TELEPHONE: LECOURBE 85-43

LIBRAIRIE INTERNATIONALE

59, RUE MESLAY — PARIS (3^e)

ANC. 38-11. Métro: Républ., Strab. St-Denis

DEUTSCHE LEIHBIbliothEK

Neu: MARXISTISCHE ABTEILUNG

BUECHER - ZEITUNGEN PAPETERIE

SCHREIBMASCHINEN

OSNER

5, Rue Mayran

PARIS (IX^e)

ALLER SYSTEME

Ersatzteile und Bürobedarf

Das CHINASEIDENE HEMD

M. Golzmann

1, Bd. HAUSSMANN

überdauert alles

Spezialist in Hemden u. Pyjamas. Wiener-Schnitt engl. Popeline

chin. Seide

Lager und nach Mass ab Frs. 49.—

Beste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer

die kleinen Treffer!

Eine Zeile kostet in dieser Rubrik nur 5 Fr. — bei einmaligem Erscheinen (d. I. für Belgien: hfr. 4.—; Tschechoslowakei: Kc. 4.—; England: d. 8; Holland hfl. —.30; Polen: Zl. 1.—; Schweiz: Fr. —.60; USA: \$ —.20)

Emigrant, der sich durch BRIEFMARKEN-HANDEL kl. Existenz schaffen will, erbitet Zusendung gebrauchter Marken gegen Portoerstattung. Auch zu Tausch bereit. Zusendungen an KK. 13 Expedition „Neuer Vorwärts“.

MUELLER-JOEL

5, Rue Mayran, Paris 9^e, TRU. 62-45.

Vervielfältigungen — Foto-Kopien — Uebersetzungen — Schreibarbeiten.

AM MEISTEN und am schnellsten

ZAHLT Ihnen für GOLD,

JUWELN UND SCHMUCKSACHEN ALLER ART

BERNARD

5, rue Godot de Mauroy Nahe Madeleine

Anwälte

Bureau Juridique International

Dr. Eugène FELDMANN

Licencié en droit de la Faculté de Paris

Docteur en droit de la Faculté d'Oxford

Alle Prozesse, Verwaltungs-, Finanzangelegenheiten in allen Ländern

In ständ. Föhlung m. hervorrag. in Paris befindl. Wien, Anwalt, insbes. l. Fragen d. ab. 1. Aug. gelt. neuen Ehegesetzes, Reichsfluchtsteuer, Vermögen, Annull., etc.

47, Rue Rocher

Paris

Tél.: LAB. 13-01
Sprechst. von 10-12 und 4-8 Uhr.

FRANZOESISCH - DEUTSCHES ANWALTSBUERO

Dr. F. HIRSCHLER

(früher MANNHEIM)

in Zusammenarbeit mit französischem Cabinet

40, rue d'Artois (Nahe Etoile) Ely. 77-94

CABINET JURIDIQUE

Dr. jur. LEOPOLD KATZ

(früher Rechtsanwalt am Landgericht Giessen)

in Zusammenarbeit mit franz. Advokat

2, Rue Félix-Huguenot (20^e), Did. 82-47

Métro: NATION oder PORTE DE VINCENNES

CABINET JURIDIQUE

Dr. jur. TH. TICHAUER

früh. Rechtsanwalt u. Notar in Berlin

103 bis, rue Nollet, Paris-17^e. Tél. Mar. 64-02

Besprechung nach telefonischer Verabredung.

Dr. Ludwig B. Schlesinger

Land- und Amtsgerichtsrat a. D.

Licencié en Droit de la Faculté de Paris

Sprechst. von 10-12 u. auf Vereinbarung

Tél.: Central 23-02

15, RUE JEAN-JACQUES-ROUSSEAU, 15

PARIS-11^e — Métro: Palais Royal et Halles

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern):

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d 4.— (Sb. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.20 (4.20), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.20 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Frankreich: „Neuer Vorwärts“ Paris. C. c. 88 504, Tschechoslowakei: „Neuer Vorwärts“ Prag 46 149. Polen: „Neuer Vorwärts“ Warschau 194 707. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Paris. Zürich Nr. VIII 14 697. Rumänien: „Neuer Vorwärts“ Bukarest Nr. 2088. Ungarn: „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: „Neuer Vorwärts“ Belgrad. Anglo-Tschechoslowakische und Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Karlsbad Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: „Neuer Vorwärts“ Belgrad. Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Belgrad. Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genannte Zeichnung der Konten ist erforderlich.